

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonntag und ist durch alle Botanikalien, Buchhandlungen und Kolportage sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangolohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgelegt sein. Die 5gespaltene Beizeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 52.

Sonntag, den 27. Dezember.

1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

## Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabak-Arbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59, gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## An die gesamte Tabakarbeiterschaft Deutschlands nebst ihren sämtlichen Hilsgewerben!

Kollegen und Kolleginnen! Der Termin des von uns bekannt gegebenen Kongresses zur Abwehr der uns drohenden Tabaksteuer-Verlastung ist der 18. Januar 1909, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus zu Berlin, S. O. 16, Engelufer 15, großer Saal.

Wir ersuchen nun, wo Delegierte zu diesem Kongress noch nicht gewählt sind, dieses schleunigst nachzuholen. Die Bureaus der Versammlungen, in welchen Delegierte gewählt worden sind, haben Mandatsformulare von ihren betreffenden Bezirksleitern zu beziehen, die seitens des Bureaus auszufüllen und von demselben mit Unterschrift zu versehen sind. Die Bezirksleiter sind bereits im Besitze dieser Mandatsformulare. Die Delegierten des 15. Bezirkes haben sich betreffs der Abforderung an den Unterzeichneten zu wenden. Jeder Delegierte hat bei dieser Meldung sofort mit anzugeben, ob Logis für ihn besorgt werden soll oder nicht.

Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.  
Wilhelm Boerner, S. 42, Berlin, Ritterstr. 15. pt.

## Weihnachten der Tabakarbeiter.

Fast alljährlich bereitet die Reichsregierung zu Weihnachten den armen Tabakarbeitern arges, schweres Herzeleid. Stehen die Tabakarbeiter auch jährlich um mehr als 300 Mk. hinter dem Lohnverdienst der Arbeiter anderer Industrien zurück, zählen sie sonach zu den ärmsten Arbeitern, so suchen sie doch, wie die große Volksmasse, das Weihnachtsfest für sich und ihre Familien so freudreich zu gestalten, als es unter ihren traurigen Existenzverhältnissen nur möglich ist. Aber fast alljährlich vergiftet ihnen die Sorge um die sowieso traurige Existenz die Freude am Weihnachtsfest.

Sobald das deutsche Reichsparlament zusammentritt, müssen sie fast regelmäßig den Kampf vorbereiten und beginnen gegen die Vernichtung ihrer Existenz, gegen die drohende Arbeitslosigkeit, die als sichere Folge für Rehtausende eintreten müßte bei einer höheren Besteuerung des Tabaks. Und da niemand sicher weiß, wen das traurige Los der Arbeitsentlassung betreffen würde, so ist die Unsicherheit, die Angst und die Sorge unter den Tabakarbeitern allgemein. Und weil kurz vor Weihnachten der Reichstag zusammentritt, so tritt die Geist und Gemüt verbitternde und tödende Angst immer um Weihnachten unter den Tabakarbeitern auf, denen Weihnachten seit langen Jahren alles andre als ein Fest der Liebe und des Friedens war.

Wüßten wir nicht, daß das Defizit in den Finanzen des Reichs eine dauernde, alljährlich wiederkehrende Folge des herrschenden Systems, der militäristisch-bureaucratisch-ausbeuterischen Wirtschaft sein muß, so könnte man auf den Gedanken kommen, es läge System in der alljährlich um Weihnachten wiederkehrenden Beängstigung der Tabakindustrie. Aber nicht nur, wenn neue Tabaksteuervorlagen dem Reichstag vorgelegt wurden, trat die Beängstigung ein, sie wurde fast in jeder Etatsrede der Schatzsekretäre geschildert betrieben, seitdem die Tabakfabriksteuer 1895 entschieden und endgültig abgelehnt wurde.

Als ob die Regierung diese Ablehnung nicht verwinden könne, ließ sie bei passender und unpassender Gelegenheit durch den Mund ihrer Vertreter verkünden, sie halte den Tabak für ertragsfähiger und werde ihn bei neuen Steuererhöhungen in Betracht ziehen. Bekannt ist das Wort des ehemaligen Schatzsekretärs v. Thielmann, daß man Steuern schaffen müsse, „die zu Buch schlagen, wie bei Tabak und Bier“, bekannt ist ferner, daß sein Nachfolger, Freiherr v. Stengel, unablässig auf einer Erhöhung der Tabaksteuer bestand, und jetzt sehen wir, daß der neue Schatzsekretär Sydow sogar die Vandalensteuervorlage dem Reichstage unterbreitet hat, obwohl im vorletzten, wie im letzten Jahre Redner der Blockmehrheit im Reichstage bestimmt versichert haben, daß ihre Fraktionen die Vandalensteuer nicht bewilligen würden.

Trotz alledem trat die Regierung dreist mit dem ungeheuerlichen Projekt vor den Reichstag, vielleicht nur mit der Absicht, ihn zu zwingen, höhere Tabaksteuererträge zu bewilligen, wenn auch in anderer Form. Wie soll man ein so rücksichtsloses Verfahren bezeichnen? Erlaubte sich eine Regierung in einem parlamentarisch regierten Lande dergleichen Rücksichtslosigkeiten, man würde sie sofort über die Klinge springen lassen. Schließlich kommt jedoch nicht bloß die unparlamentarische Rücksichtslosigkeit der Regierung in Frage, sondern das weit schwerer wiegende Mo-

ment, daß mit dergleichen Steuervorlagen die gesamte Volkswirtschaft geschädigt, das soziale Elend vermehrt und der Klassenkampf geschürt und verschärft wird.

Das soziale Elend der Tabakarbeiter wird schon vermehrt durch die Beunruhigung der Tabakindustrie mit angebotenen Steuerprojekten, denn sie hindern die stete Entwicklung der Industrie. Von jeder Depression in der Industrie haben die Arbeiter den größten Schaden. Verkürzung der Löhne, Vorschritt eines minimalen Pensums oder gar Entlassung wegen Mangel an Aufträgen ist die barbarische Folge brutaler steuerlicher Eingriffe in die Industrie.

Ist es ein Wunder, wenn die so Mißhandelten und Ausgebeuteten mit den bittersten Gefühlen den falschen Trost, die trügerische Hoffnungsmaçherei, die von christlichen Vertretern und Verteidigern der bürgerlichen Gesellschaftsordnung an ihnen versucht wird, zurückweisen? Müßten sie nicht aus der Lieblosigkeit und Herzlosigkeit, aus der brutalen Ausbeutung durch die herrschenden Klassen die Ueberzeugung gewinnen, daß man nur ein elendes Soukelspiel mit ihnen treibt, um ihren Zorn, ihre Entrüstung, ihre Willensstärke zu dämpfen, und ihre Absicht, dem ein Ende zu machen, zu durchkreuzen?

Nur ein Gedanke ist noch imstande, sie aufrecht zu erhalten und neue Hoffnung in ihnen zu nähren, der Gedanke, daß nur die Gemeinsamkeit des Denkens und Handelns der gesamten Arbeiterschaft dem Unheil ihrer Ausbeutung ein Ende setzen kann. Nur die Solidarität ist der Hebel, den die Arbeiter zu ihrer Befreiung aus ökonomischen Banden und politischer Unterdrückung ansetzen können.

Wenn ihnen der rücksichtslose Steuerkampf diese Erkenntnis beibringt, dann gibt es für sie noch ein Aufatmen, ein Kraftschöpfen, das sie mit vollem und freudigem Bewußtsein übertragen auf den Kampf, den sie zu ihrer Befreiung selbst führen müssen. Mit dem Munde predigen ihre Gegner zum Weihnachtsfeste Liebe und Frieden; ihre Taten aber predigen Haß und Kampf. Erst wenn dieser Widerspruch beseitigt ist, erst wenn die völlige Gleichberechtigung aller erkämpft sein wird, dann wird das Weihnachtsfest auch für die Arbeiter ein Fest der Liebe und des Friedens werden können.

Jetzt freilich müssen die Tabakarbeiter alle Kräfte noch zusammenraffen, um den Schlag abzuwehren, der ihre Existenz treffen wird; jetzt müssen sie rüsten, um den heimtückischen Streich zu verhindern, der mit einer andern Steuerform als der Vandalensteuer aus dem Hinterhalt, aus dem Nonventikel der Helfershelfer der Regierung gegen sie, gegen ihre Industrie geplant wird; jetzt müssen sie gegen Heuchelei, ja Verräterei ankämpfen -- und da sollen sie fröhliche Weihnachten feiern!

Nein, wahrlich! Widermärtigeres kann ihnen die bürgerliche Gesellschaftsordnung, die man fälschlich eine göttliche nennt, nicht bieten! Wer Haß sät, kann nicht Liebe ernten! Wer zum Kampf reizt, kann nicht den Frieden wollen!

## Klassenethik.

Die Sittlichkeit bildet das Band, das die menschlichen Gemeinschaften zusammenhält. Ohne die gegenseitige Treue, Solidarität, Wahrhaftigkeit und Selbstaufopferung ihrer Mitglieder konnten sie nicht bestehen bleiben. Diese Gefühle gelten nur innerhalb der Gemeinschaft, der man angehört, mit der man durch dieselben Interessen verbunden ist. Hier sind sie notwendig; wo diese Interessen mit denen anderer Gruppen kollidieren, wären sie schädlich. Dem Feinde gegenüber, mit dem man kämpft, haben die sozialen Gefühle keine Geltung; man opfert sich nicht für ihn, übt keine Treue oder Solidarität gegen ihn, sondern man sucht ihn zu schwächen und zu schädigen. So handelt in der primitiven Gesellschaft Stamm gegen Stamm, so in der zivilisierten Welt Klasse gegen Klasse.

Wenn wir in solcher Weise die Tatsache feststellen, daß das Sittengesetz bei allen Klassen und Gruppen nachweislich immer nur gegen Genossen, nicht gegen Feinde anerkannt wird, entrüsten sich unsere Gegner darüber und stellen es so hin, als empfehlen wir den Arbeitern den Klassenhaß als spezielle sozialdemokratische Ethik. Man kann es verstehen, daß ihnen die Feststellung der Wahrheit, daß überall nur nach einer Klassenethik gehandelt wird, unangenehm ist. Daß ihnen dabei das Unglück passiert, daß sie gerade durch diese falsche Darstellung unserer Lehre bezeugen, daß für sie dem Feind gegenüber die Pflicht der Wahrhaftigkeit nicht gilt, sei hier nur nebenbei erwähnt. Die Wichtigkeit dessen, was wir über die Ethik sagen, wird tagtäglich durch ihre Taten bewiesen.

Wie befolgt der Kapitalist seinen Arbeitern gegenüber die sittlichen Gebote, seinen Nächsten wie sich selbst zu lie-

ben und das Eigeninteresse für dessen Wohl zurückzustellen? Er kann sie nicht befolgen, auch nicht, wenn sie noch keinen Klassenkampf führen und sein Herz von Wohlwollen gegen sie überfließt. Die Konkurrenz zwingt ihn, den Arbeitern Hungerlöhne zu zahlen und ihre Gesundheit durch lange Arbeitszeit zu untergraben. Würde er sie nach den sittlichen Geboten behandeln, so wäre sein Bankrott sicher. Dem Profit muß er die Nächstenliebe opfern.

Hier handelt es sich noch nicht einmal um eine feindliche Klasse, sondern bloß um die andre Klasse. Wenn aber die Arbeiter sich nicht mehr willenlos ausbeuten lassen, wenn der Klassenkampf entbrannt, dann schwindet sogar der heuchlerische Schein des Wohlwollens, dann treten feindliche Gefühle hervor. Dann stehen Arbeiter und Kapitalisten ineinander nur feindliche Klassen, die im eigenen Interesse genötigt sind, einander möglichst zu schwächen. Der Kapitalist sperrt auf Beschluß des Unternehmerverbands die Arbeiter aus; er verurteilt sie zum Hunger, um seinen Klassengenossen, seiner Klasse zu helfen. Der feindlichen Klasse gegenüber herrscht Kriegsrecht statt Sittengesetz, schweigen alle sozialen Gefühle. Nicht den Mitmenschen lieben, sondern den Feind besiegen, gilt hier als Grundsatz.

Und hier verkündet die herrschende Klasse selbst, nicht nur durch Taten, sondern auch in ihren Worten die Nichtigkeit unserer Theorie. Klar trat das neulich bei der Interpellation über die Radbod-Katastrophe zutage.

Die Bergarbeiter fordern seit lange ein gutes Bergarbeiterchutzgesetz und namentlich Arbeiterkontrolleure. Wären diese, ihren Forderungen gemäß, schon früher eingeführt worden, so wären die Opfer des Radbod wahrscheinlich noch am Leben. Durch solche Maßnahmen haben die herrschenden Klassen es in der Hand, künftige Katastrophen zu verhindern und das Leben tausender Arbeiter zu retten. Aber sie wollen nicht. Sie lassen lieber ihre Mitmenschen zugrunde gehen, als daß sie selbst das Opfer einer kleinen Verringerung ihres Profits bringen.

Das ist die Tatsache. Aber die herrschende Klasse will das nicht eingestehen, daß sie diese Menschenleben dem Profit opfert. Sie leugnet es ab. Sie gibt andre Gründe für ihre Weigerung. Durch den Mund des Ministers Delbrück sagte sie, diese „soziale Einrichtung“ würde „politisch ausgenutzt“ werden, sie würden „das gute Einvernehmen“ zwischen Arbeitern und Verwaltung stören. Daß dies in Wirklichkeit nichts andres bedeutet, als daß die Profite der Unternehmer nicht durch höhere Anforderungen an Sicherheitsvorrichtungen geschmälert werden sollen, ist klar.

Solange die Arbeiter sich willig ausbeuten lassen, versuchen die Ausbeuter den Klassenkampf zu vertuschen, das Klassenbewußtsein nicht aufkommen zu lassen. Darauf beruht ihre Herrschaft. Mögen die Arbeiter noch so schäblich behandelt werden, theoretisch gelten sie als Brüder, als Mitmenschen. Nicht die sittlichen Pflichten gegen sie werden geleugnet, sondern die Tatsache, daß diese verletzt werden, wird bestritten oder entschuldigt. Sobald jedoch die Arbeiter für ihre Klasse, für ihre Freiheit zu kämpfen anfangen, wird ihnen sogar dieser theoretische moralische Schutz entzogen. Auch in der Phrase gelten sie nicht mehr als Brüder. Gegen den Klassenfeind gibt es keine sozialen Pflichten; ihr Leben wird vernichtet, wenn unsere Machtstellung es erfordert. Das ist die Klassenethik, die brutal und offen in dem Munde der Wortführer des Kapitalismus als geltendes, anerkanntes Sittengesetz aufgestellt wird. —

## Protestbewegung gegen die höhere Besteuerung des Tabaks.

Der Verein der Hilfsindustrien des Tabakgewerbes hat eine Petition gegen die Tabaksteuervorlage an den Reichstag gerichtet, aus der wir folgende Angaben abdrucken:

Bei der bevorstehenden verfassungsmäßigen Verabschiedung des Entwurfs eines Tabakverbrauchsteuergesetzes steht sonach für die Hilfsindustrien des Tabakgewerbes außerordentlich viel auf dem Spiel. Wir haben uns vereinigt, um in gemeinsamer Darlegung dem hohen Reichstag nachzuweisen, welche Verluste uns, unsern Angehörigen und Arbeitern und damit auch der allgemeinen Volkswohlfahrt drohen. Es kommen dafür in der Hauptsache in Betracht:

- die Risten und Wickelformenfabrikation;
- die lithographischen Anstalten, Stein- und Buchdruckereien;
- die Zigarrenbandfabrikation;
- die Papierfabrikation;
- die Eisengießereien und Maschinenfabriken,

und zwar nach sorgfältigen und gewissenhaften Ermittlungen in 103 Fabriken lediglich für das Tabakgewerbe: 10 941 Angestellte und Arbeiter, mit 10 025 927 Mk. Gehältern und Löhnen, 39 894 451 Mk. angelegtes Kapital, 37 053 883 Mk. Umsatz.

Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß 35 Fabriken den ihnen zugestellten Fragebogen nicht beantwortet haben, so daß also auf obige Ziffer noch 20 Prozent Aufschlag gemacht werden müßten. Und auch dann bleiben unsere Angaben zweifellos noch hinter der Wirklichkeit zurück, da in den genannten Erwerbszweigen noch sehr viel kleine Geschäfte bestehen, welche auf dem großen Markte nicht bekannt sind, die aber wegen ihrer Schwäche in der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit von den Wirkungen der beabsichtigten Tabaksteuererhöhung besonders empfindlich getroffen werden würden."

**Ein verräterischer Vorschlag.** Im Hamburger Fremdenblatt legt ein freiwilliger Regierungskommissar, der sich als Tabakinteressent ausgibt, folgenden Vorschlag ab:

"Wenn partout noch etwas aus dem Tabak heraus soll, so muß ein ganz anderer Weg eingeschlagen werden, und den will ich jetzt noch zur Debatte stellen. Es könnte eine Jahresabgabe von jedem Händler und Fabrikanten von Tabak und Tabakfabrikaten erhoben werden; und zwar abgestuft nach Umfang der Betriebe. Man hat schon jetzt derartige Vorbilder, z. B. in Bremen die Firmensteuer.

Diese Art der Steuer würde eine hübsche Anzahl von Millionen erbringen, wenn die Sätze mäßig hoch gestellt würden, aber natürlich auch nicht entfernt eine solche Summe, wie die Regierung mit der Vandoletsteuer zu erhalten hofft."

Das ist die Art, wie die Regierung durch ihre Handlanger für höhere Erträge aus dem Tabak Propaganda machen läßt. Ueber die Verrücktheit des Vorschlags verlieren wir kein Wort. Selbst die Süddeutsche Tabakzeitung vermag sich die Tatsache nicht zu erklären, daß gerade von Hamburger "Fachleuten" sogenannte positive Vorschläge betreffs Lösung der Tabaksteuerfrage ausgeht werden. Wenn diesen Pseudo-Legislatoren ihr Trieb nach gesetzgeberischer Tätigkeit die Ruhe raubt, dann mögen sie doch in ihrem stillen Kämmerlein so viele Steuerprojekte ausarbeiten, wie sie nur wollen; es wird ihnen dies von keinem Menschen verübelt werden. Wenn aber diese Experimente staatsmännischer Begabung von ihren Urhebern ins Freie, d. h. in die Öffentlichkeit hinausgetragen werden, dann hat das gesamte Tabakgewerbe begründete Ursache, ob dieser Tat sehr ungehalten zu sein."

**Eine Delegation von mittleren und kleineren Zigarrenfabrikanten** soll in Berlin mit den Reichstagsabgeordneten persönlich Rücksprache über die Vandoletsteuer für die Tabakindustrie nehmen — so beschloß eine in Enger in Westfalen stattgehabte Fabrikantenversammlung. Die neue Steuer werde nicht nur die Zigarrenindustrie, sondern auch sämtliche Gewerbetreibende und die Landwirtschaft schwer treffen.

In Finsterwalde fand eine von Zigarrenfabrikanten und Tabakinteressenten zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher gegen das Tabakverbrauchssteuergesetz Stellung genommen wurde.

In der Handelskammer zu Graudenz sprach Herr E. Simon-Jastrow über die in Aussicht genommene Zigarrenbanderolesteuer, und kam zu dem Schluß, daß die Steuer abgelehnt werden müsse, aus folgenden Gründen: Die Bandoletsteuer ist zu verwerfen, weil bei Einführung dieser Steuer der Verbrauch ganz bedeutend zurückgehen würde und hierdurch Entlassungen von Arbeitern in größerem Umfange stattfinden müßten; weil die bisherige Dezentralisation der Zigarrenbetriebe, die gerade für ländliche Bezirke von Vorteil ist, aufhören würde. Die erforderliche, immerwährende Ueberwachung der Betriebe durch Steuerbeamte würde dazu führen, daß die Heimarbeiter und die kleinen und mittleren Fabriken ihre Tätigkeit einstellen müßten; weil infolge des sicher sehr bedeutenden Verbrauchsrückgangs und infolge der sehr hohen steueramtlichen Ueberwachungskosten der Ertrag aus der Bandoletsteuer lange nicht die Höhe erreicht, wie die Regierung annimmt. Die Kammer stimmte den Ausführungen einstimmig zu.

## Enormer Rückgang der Tabakindustrie in Preußen und Westfalen nach 1879.

Bekanntlich hat im Reichstage am 19. November der Reichssekretär Dr. Sydow die Zahlen der Gewerbestatistik von 1875 und 1882 als miteinander vergleichbar erklärt. Da die Hausarbeiter 1875 nicht mitgezählt wurden, haben wir schon darauf hingewiesen, daß sie nur annähernd vergleichbar sind, wenn man die Betriebsinhaber bei beiden Zählungen außer Betracht läßt.

Herr Dr. Sydow scheint sich mit den beiden statistischen Erhebungen nicht besonders eingehend beschäftigt zu haben, sonst müßte ihm doch aufgefallen sein, daß durch dieselben nur bestätigt wird, was die Gegner einer Zollerhöhung stets behauptet haben, nämlich, daß schon in der kurzen Periode nach 1879 die Verdrängung der Industrie vom Norden nach dem Süden ihren Anfang genommen hat. Wir wollen heute nur einmal an Preußen und besonders an Westfalen dem Herrn Reichssekretär beweisen, welche Tragikschlüsse er im Reichstage vorgetragen hat. Vergleichen wir zunächst ganz Preußen:

	Gesamtzahl der Betriebe	Gesamtzahl der tätigen Personen
1875	6 621	59 648
1882	7 983	57 019

Demnach hat sich die Zahl der Betriebe um 1362 vermehrt, die Zahl der in denselben tätigen Personen um 2629 vermindert. Ziehen wir die Zahl der Betriebsinhaber ab, so ergibt sich für 1875 die Zahl 53 027, für 1882 50 036. Rechnen wir zu der ersten Zahl, entsprechend dem Bevölkerungszuwachs, 7½ Prozent, so ergibt sich, daß durch die Zollerhöhung von 1879 in Preußen 7000 Personen aus der Industrie verdrängt wurden.

Betrachten wir unter den preussischen Provinzen einmal besonders Westfalen:

	Gesamtzahl der Betriebe	Gesamtzahl der tätigen Personen
1875	742	10 725
1882	880	8 940

Die Zahl der Betriebe hat also um 138 zugenommen, die Zahl der in denselben tätigen Personen sich um 1785 vermindert. Verfahren wir wiederum wie oben, so kommen wir zu dem Resultat, daß in Westfalen durch die Zollerhöhung 2669 Personen existenzlos wurden. Wer die damalige Entwicklung der Verhältnisse kennt, weiß, daß diese Feststellung der Wirklichkeit entsprechen dürfte, da nach 1879 die Anfertigung von 4 Pfennig-Zigarren in Westfalen vollständig eingestellt werden mußte.

## Rundschau.

**Die Reichsfinanzreform in der Kommission.** In einer Sitzung der Finanz- und Steuerkommission des Reichstages wurde seitens der Finanzminister der Antrag gestellt, daß die geordneten Matrikularbeiträge von 1906—1908, zusammen 144¼ Millionen Mark, aus der Bedarfsaufstellung zu streichen seien. Trotz des Protestes des Reichssekretärs wurde der Antrag einstimmig seitens der Kommission angenommen, ohne daß man sich schlüssig wurde, wer diese Beiträge tragen solle. Gelegentlich sind die Einzelstaaten verpöndelt, sie zu decken.

**Die Bedürfnisfrage bei der Reichsfinanzreform.** Unter den bürgerlichen Parteien sind Meinungsverschiedenheiten darüber entstanden, ob bei den geforderten 500 Millionen Mk. nicht zu viel verlangt worden sei. Es sind große Bedarfsberechnungen angestellt worden, deren Resultat allerdings sehr weit auseinandergeht. In einer anscheinend offiziellen Auslassung der Scherl-Prese wird darauf hingewiesen, daß die Regierung von den 500 Millionen Mk. nichts ablassen könne. Wollte der Reichstag aber unter allen Umständen von diesem Betrage Abstriche machen, so müsse man auf die Aufhebung der Fahrtensteuer, auf die Herabsetzung des Disportos, sowie auf die nur unter Vorbehalt beschlossene Herabsetzung der Zuckermener verzichten. Der finanzielle Effekt dieses Vorgehens würde sich auf etwa 50 Millionen Mk. belaufen, doch sei zu befürchten, daß man in etwa zwei Jahren doch an einen Ertrag der Fahrtensteuer durch eine Steuer herantreten müsse.

**Bürgerliche Volksvertreter und Gewerkschaften.** Wie oft kann man während der Wahlen aus dem Munde der bürgerlichen Kandidaten anerkennende Worte über die Tätigkeit der Gewerkschaften hören. Im Gegensatz zur politischen Arbeiterbewegung seien die Gewerkschaften zu unterstützen, da sie auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung die Lage der Arbeiter zu bessern bestrebt seien; sie jagten nicht, wie der politische Teil der Bewegung, Utopien nach. Daher sei „man“, d. h. die bürgerlichen Kandidaten, für das freie Koalitionsrecht, damit die praktische Tätigkeit der Gewerkschaften noch mehr als bisher Erfolg habe und was der schönen Redensarten mehr sind. Was schadet's, wenn solche schöne Worte von einem bürgerlichen Kandidaten, der selbst Unternehmer ist, mit seinen Taten direkt im Widerspruch stehen, wenn er in seinem Unternehmen den kleinen Stumm spielt, die Hauptsache ist doch, daß den Wählern Sand in die Augen gestreut wird mit solchen Redensarten, um die Stimmen der Arbeiter zu ergattern. Haben die Herren dann das Mandat erwirkt, so zeigt sich ihre Gewerkschaftsfreundlichkeit in ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit im schönsten Lichte. Die neuen, wirtschaftsschädigenden Steuervorlagen, denen die bürgerlichen Parteien trotz allen Wortgeprassels zustimmen werden, werden für die Gewerkschaften nun doppelt gefährlich, einmal durch die steigende Belastung, und zum andern durch den schweren Schaden, der einzelnen Gewerben zugefügt wird.

Die bürgerlichen Kandidaten nehmen aber auch wegen der Sozialpolitik den Mund immer sehr voll, indem sie sich als die alleinigen Förderer der Sozialpolitik hinstellen. Nun haben die Gewerkschaften Gelegenheit, die Herren beim Worte zu nehmen. Sie brauchen sie nur in Versammlungen einzuladen und auf die minimalen Schutzforderungen verpflichten, dann wird sich sofort zeigen, daß die Gewerkschaftsfreundlichkeit in Gewerkschaftsfeindlichkeit umschlägt. In Kassel haben die Bäckergehilfen schon eine solche Probe zu kosten bekommen. Sie luden den antisemitischen Abg. Lattmann in ihre Versammlung ein, um seine Meinung über die Einführung der Sonntagsruhe für die Bäckergehilfen zu hören. Herr Lattmann, der Vertreter des kleinen Mannes, wie sich die Antisemiten so gerne nennen, sandte dem Einberufer folgende echt antisemitische Antwort: „Da es sich nach dem Flugblatt, das der Eingabe beiliegt, um eine der üblichen, arbeiterschädlichen Verhöhnungsversammlungen der Sozialdemokratie handelt, da durch eine solche Delegation und die Arbeitgeber beschimpfende Art jeder soziale Fortschritt verhindert wird, habe ich keine Veranlassung, zu kommen.“ Diese arbeiterschimpfende Antwort wird Herrn Lattmann bei der nächsten Reichstagswahl keineswegs hindern, wiederum um die Stimmen der Arbeiter zu betteln. Ob freilich mit Erfolg, ist eine andre Frage.

**Auf dem Wege zur Arbeitslosenversicherung.** Das Stadtverordnetenkollegium in Frankfurt a. M. lehnte einem früheren sozialdemokratischen Antrage entsprechend, eine semitische Deputation zur Prüfung der Frage einer kommunalen Arbeitslosenversicherung ein. Der Deputation wurde seinerzeit unter anderem ein sozialdemokratischer Antrag auf Gewährung eines Zuschusses an die Gewerkschaften zu ihren Einrichtungen der Unterstützung von Arbeitslosen überwiesen. In der letzten Sitzung des Stadtparlamentes wurden als Mitglieder der Deputation sechs Stadtverordnete von den verschiedenen Fraktionen gewählt.

**„Erlöse und Vete der Kat on“ unter sich.** In Königsberg fand die Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte statt. Der Bundesvorsitzende Freiherr v. Wangenheim wünschte für das Reich eine Dividendensteuer. Dividenden bis zu 6 Prozent sollen freigelassen, von den darüber gehenden Gewinnen sollen aber 25 Prozent für das Reich erhoben werden. Er empfahl weiter eine Verdoppelung des Zolles auf Kaffee, die Einführung eines Monopoles für Ropetroleum, einen Kohlenausfuhrzoll und eine Besteuerung der alkoholfreien Getränke. Ersparnisse ließen sich an fiskalischen Fauten erzielen, Millionen würden in Schulhäusern verschleudert; manches Schulhaus könnte seinem Zwecke noch sehr gut dienen.

Weiter erklärte der Redner, man müsse die Gefangenen zu Kolonien machen, und außerdem auch in den großen Städten das arbeitsscheue Gesindel aus seinem Schlupfwinkel heraustreiben und in ländlichen Kolonien unterbringen.

Wir haben nichts dagegen, daß das arbeitsscheue Gesindel, daß in den Großstädten bei Sekt und Aulstern das Geld verpraßt, das ehrliche Arbeiter erworben haben, auf Land gebracht und hier zur Arbeit angehalten wird!

Herr v. Wangenheim ließe dann bei Besprechung des „Sparens“ einen köstlichen Beitrag zur Frömmigkeit in feudalen Kreisen: Wenn gelagt werde, man solle für den Fiskus sparen, so komme ihm das vor, wie zu seiner Bonner Studentenzeit; wenn da zu frommen Zwecken bei den Studenten gesammelt wurde, hieß es: Ja, lieber Mann, einen Taler habe ich noch und den verkaufe ich lieber!

So mancher dieser Studenten mag heute vielleicht schon Konfessionsrat sein und sich als solcher über das genußfertige und begehrlche Volk entrüsten, das sich nicht mit Betrübten auf das Himmelreich zufrieden geben will!

**Gewerbegerichtswahlen in München.** Die Arbeitnehmerbeiräte, die am Sonntag, 13. Dezember, stattfanden, endigten mit dem Siege der freien Gewerkschaften. Schon vor acht Tagen gewannen unsere Genossen 9 Arbeitgeberbeiräte. Hierzu kommen nun noch 50 Arbeitnehmerbeiräte. Die Liste der freien Gewerkschaften vereinigte 14 781 (1905: 11 004) Stimmen auf sich. Die Christlichen, Kirch- und Dunderischen u. w., die wieder unter der gemeinsamen Firma: Verein für soziale Wahlen kämpften, brachten nur 2877 (1905: 2415) Stimmen auf, so daß sie sich mit 10 Stimmen (früher 11) begnügen müssen.

**„Koalitionsfreiheit“, welche die Scharmacher meinen!** Die Hauptstelle der Arbeitgeberverbände liegt in Berlin eine Sitzung ab, in der die Koalition der Bratungsgestellten und der getätigten Arbeiter erörtert wurde. Die Hauptstelle ist „für“ die Koalitionsfreiheit, hält sich aber für berechtigt, Bestrebungen zu bekämpfen, die eine Schädigung der Arbeitgeber und den „Wißbrauch der Koalitionsfreiheit“ herbeizuführen geeignet sind. Als gegen die Koalitionsfreiheit verstoßen müsse es betrachtet werden, wenn den nicht organisierten Arbeitnehmern von den Gewerkschaften oder von bürgerlicher Seite Hindernisse in den Weg gelegt werden.

**Das Vermögen der Invalidenversicherung.** Nach den amtlichen Nachmeldungen hat sich das Vermögen aller Träger der Invalidenversicherung Ende 1907 auf 1409,8 Millionen Mark belaufen. Auf die Versicherungsanstalten kamen davon 1290,1 Mill. Mark. Diese Summe verteilt sich auf die verschiedenen Anstalten recht ungleich. Während die Rheinproving mit 153,1 Millionen und das Königreich Sachsen mit 145,1 Millionen Mark an der Spitze marschieren, folgen dann im weiten Abstände Schlesien mit 96,6 Millionen Mark, Berlin mit 77,9 Millionen Mark, Sachsen-Anhalt mit 74,5 Millionen, Westfalen mit 71,2 Millionen und Braunschweig mit 68,8 Millionen Mark. Dann folgt wieder eine merkwürdige Unterbrechung. Schleswig-Holstein hatte 51,9 Millionen, die Hansestädte 49,8, Hessen-Nassau 48,9, Baden 46,7, Württemberg 47,1, Elsaß-Lothringen 40,9 Millionen Mark angehäuft. Alle andern Anstalten hatten je unter 40 Millionen Mark Vermögen. Die geringsten weisen auf Oberfranken mit 8,7, Unterfranken und Altsachsen mit 8,4, Niederbayern mit 7,8, Oldenburg mit 6,7 und Oerpfalz und Regensburg mit 6,6 Millionen Mark.

Die deutsche Tabakindustrie im Jahre 1907 spiegelt sich in folgenden Zahlen, die das Reichsberichtsamt aus der Nachweisung der Tabakberufsaemlichkeit veröffentlicht:

Industrie	Zahl der Betriebe	Vollarbeiter (300 Arbeitstage oder Schichten = 1 Vollarbeiter)	Berufte Personen, für welche 1907 zum erstenmal Steuern gezahlt wurden	
			absolut	auf 1000 Vollarbeit.
Zigarrenfabriken	6067	143 087	88	0,27
Zigarettenfabriken	338	11 902	8	0,67
Rautabakfabriken	145	4 051	5	1,23
Schnupftabakfabriken	125	1 041	2	1,92
Rauchtabakfabriken	603	3 883	19	4,96
Rohabakhandlungen	267	1 806	7	5,36
Sonstige Betriebe	72	117	2	17,09
Gesamt Tabakindustrie	6919	165 837	81	0,49

**Gegen Vermittlungsschwindel.** Ein Lob der sozialdemokratischen Presse von Breslau wird ausgesprochen, das in gewissem Maße, der Beachtung wert. In Breslau führen nämlich die Gerichte seit einiger Zeit einen lobenswerten Kampf gegen das betrügerische „Stellenvermittlungswesen“, bei dem es den Agenten nur auf die Kautions der behauerten Opfer ankommt. In all diesen Strafprozessen ist nun jedesmal festgestellt worden, daß vieler Orte von Vermittlern stets die Interzessionspläne des sog. parteilosen Breslauer Generalanzeiger als Wette für ihren Gimpelgang dient. In einem der letzten dieser Prozesse gab nun der Vorsitzende seinem Erlaunen darüber Ausdruck, daß immer noch Leute auf die Generalanzeiger-Interzession hereinkommen. Der Generalanzeiger vertritt zwar in seinem Redaktionssteile nichts von dem hinter seinen Interzession stehenden Schwindel; aber mit Recht wies der Vorsitzende darauf hin: „Die Volkswacht macht doch immer darauf aufmerksam.“ — So muß also selbst ein Breslauer Richter, dessen Kollegen noch vor Jahresfrist in der Volkswacht nichts als ein verwerfliches, der schwersten Strafen würdiges Hehlblatt sehen wollten, die Kulturarbeit deselben Blattes anerkennen.

## Das Pfeifchen des armen Mannes.

Wenn ich früher von dem Pfeifchen des armen Mannes hörte, so sah ich immer ein Bild aus meiner Heimat. Die Arbeiter, welche abends aus den Ziegeleien und den Fabriken der Industriestadt heimkehrten, um ihren Kartoffelack noch zu bearbeiten. Die kleinen Handwerker und Knechte hinter dem Pfluge uff, diese alle rauchten ihr Pfeifchen. Das, dachte ich dann, ist das Pfeifchen des armen Mannes, und ich mußte wohl, es war ihr einziges Genußmittel.

Seitdem bin ich viel herumgekommen und bekam über die Sache einen andern Begriff, zumal ich in der Tabakindustrie selbst mit tätig sein und mein Brot darin erwerben mußte. Sehr bald konnte ich einsehen, daß nicht nur diese wenigen Menschen das Pfeifchen des armen Mannes rauchen, sondern daß gar 90 Prozent aller Tabakfabrikate von den ärmeren Volksklassen konsumiert wurden. Nicht nur der billigere Pfeifentabak, sondern der weitaus größte Teil der Rautabakfabrikation, sowie die große Produktion der Zigarren von 4 bis 6 Pfg. bedeutet ohne Zweifel „das Pfeifchen des armen Mannes“. Und in der Tat, wer wollte es leugnen, daß neben dem „Fremd“ und den billigen Rauchtabaksorten, auch die große Produktion der Zigarren bis zu 6 Pfg. das Stück in Wirklichkeit das Pfeifchen des armen Mannes gemorden ist.

Nochmals, es ist dies eine unumstößliche Tatsache. Und wenn deshalb die Regierung mit dem Plane umgeht, die Tabaksteuer oder den Zoll zu erhöhen, so wird eben der Pfeifgenußartikel der Ärmsten im Lande und somit das Pfeifchen des armen Mannes belastet.

Es bleibt nicht frei das „Pfeifchen“ bei einer Tabaksteuer, sondern wird besteuert, und zwar prozentual am höchsten. Diese Belastung durch Steuer in gegenwärtiger Form schon ist leicht zu berechnen. Nehmen wir einige Beispiele heraus.

Zigarren à 5 Pfg. pro Stück, 50 Mill. pro Mille. Verbrauch 8 Kilogramm; davon 5 Kilogramm à 45 Pfg. und 3 Kilogramm à 85 Pfg. Steuer = 4,80 Mk. Belastung 12 Prozent.

Zigarren à 5 Pfg. pro Stück, 50 Mill. pro Mille. Verbrauch 8 Kilogramm à 85 Pfg. Steuer = 6,80 Mk. Belastung 13,60 Prozent. Die erste Sorte aus inländischem, die zweite Sorte nur aus überseeischem Tabak hergestellt.

Zigarren à 50 Pfg. pro Stück, 500 Mill. pro Mille. Verbrauch 8 Kilogramm à 85 Pfg. Steuer = 6,80 Mk. Belastung 1,36 Prozent.

Zigarren à 1 Mk. pro Stück, 1000 Mill. pro Mille. Verbrauch 8 Kilogramm à 85 Pfg. = 6,80 Mk. Belastung 0,68 Prozent. Diese letzteren heißt man alleweil die Kommerziantenzigarren.

Zügen wir noch hinzu, daß die 3 und 4 Pfg.-Zigarren mit 13,33 resp. 11 Prozent belastet sind.

Der Rautabak ist gleichfalls im Durchschnitt mit 10 bis 15 Prozent Belastung zu berechnen. Zur Produktion von Rautabak eignet sich kein inländischer Tabak. Versuche sind stets gescheitert. In der neuen (oder vielleicht schon alten) Regierungsvorlage wird Rauch-, Raut- und Schnupftabak durcheinander ge-

worfen. Wahrscheinlich, weil der „Pfeifchen“ und das „Pfeifchen“ des armen Mannes zusammengehört und ja, wie es immer so schön heißt, „frei“ bleiben soll. Aber heißt es denn nicht, daß das Kilo unter 2 M. Verkaufspreis nicht besteuert werden soll? Ja freilich, aber leider hat schon ein Fabrikant in der Südb. Tabakzeitung darauf hingewiesen, daß Kautabak unter 2 M. pro Kilogramm nicht existiert und, so fügen wir hinzu, auch nicht hergestellt werden kann. Der Kautabak kostet im Durchschnitt pro Kilogramm 3 bis 9 M. Der Durchschnittspreis für die aus der größten Produktionsstätte Nordhausen kommenden hauptsächlichsten Gespinnste ist zirka 5,50 M.

Demnach will die Regierung wohl nur das unbesteuerbare lassen, was gar nicht vorhanden ist, also das Nichts. Die Kautabakindustrie produziert im verflochtenen Jahre zirka 50 000 Doppelzentner, wenn also das Kilogramm von 2 M. ab besteuert werden soll, so wird der gesamte Konsum belastet. Ist eine solche Belastung noch möglich? Ja, sage Mein. Genau so gewiß der Rückgang des Konsums bei jeder erhöhten Steuer der verwerflichsten Folgen für die Zigarrenindustrie zeitigen wird, so und noch schwerer wird die Kautabakindustrie von jeder neuen Belastung getroffen werden. In der Kautabakindustrie rechnet man pro Pfund und pro Zentner. Im Detailverkauf jedoch meistens nur in einzelnen Rollen pro 5 Pfg. oder 10 Pfg. das Stück. Nehmen wir nun eine Belastung von nur 50 Pfg. pro Kilogramm, so ergibt sich folgendes: Da in einem Kilogramm mehr als 50 Rollen, also 60, 70, 80 und darüber enthalten sind, so wird ein Bruchteil eines Pfennigs nicht erhoben, sondern die Rolle Kautabak um 1, 2 oder mehr Pfennige erhöht werden müssen.

Für jeden Fachmann wird dieser Vorgang je mehr schon unausweichlich, da durch jede neue Steuer die Kapitalanlage und größeren Geschäftskosten dazu geschlagen werden müssen. Aber, so hörten wir fragen, kann denn das Gespinnst nicht noch schwächer gesponnen und die Rollen verkleinert werden, so daß damit ein Ausgleich geschaffen wird? Bei dieser Frage habe ich schon immer mit Verwunderung den Kopf geschüttelt. Freilich ginge das, aber was ist denn damit geholfen. Ein Gespinnst Kautabak Nr. 6 wird, wenn es schwächer gesponnen wird, Gespinnst Nr. 7 und muß demgemäß im Arbeitslohn usw. bezahlt, also demgemäß teurer verkauft werden.

Aber selbst angenommen, das Stück Kautabak würde für denselben Preis kleiner verkauft, so müßten mehr Konsumenten kommen und der Händler muß dann anstatt 80mal, 90- oder 100mal eine Rolle einwickeln und verkaufen, um den Umsatz zu erhalten. Mehr Konsumenten kommen aber nicht. Die einmal geäußerte Ansicht, daß ein Teil der Zigarrenraucher zum Kautabak übergehen wird, zeugt von schlechter Beobachtung der Dinge.

Nach meinen langjährigen Beobachtungen in dieser Branche kann ich bestimmt behaupten, daß von 100 Konsumenten, welche infolge einer neuen Belastung des Tabaks den Raucheruß einstellen, noch keine drei Mann sich den Kautabak angewöhnen werden.

Und der Konsument des Kautabaks, der Priemer, schränkt sich ein, er scheidet sich von dem Röllchen das Stück, die Nation kleiner ab als wie sonst. Oder er bekommt schon ein kleineres Stück für seine wenigen Pfennige.

Lehteres ist noch schlimmer und beträgt der Ausfall in Röllchen resp. in der Produktion pro Doppelzentner zu Tausenden. Als Konsumenten des Kautabaks kommen ja hauptsächlich die Arbeiter in Betracht, welche die schwersten und gefährlichsten Arbeiten verrichten. Diejenigen, welche in den Bergwerken in der oft unerträglich heißen Temperatur arbeiten müssen. Ferner die, welche im Brennofen in den Zigaretten stehen oder aus den Schiffen die schweren Lasten tragen, wo oft sehr schnell und hart gearbeitet werden muß. Diese sind es, welche das Pfeifchen des armen Mannes nötig haben. Wer diese Art Arbeiter kennt, weiß, daß ein Stück Kautabak ein unentbehrliches Genußmittel für diese Leute ist. Diese werden sich einschränken müssen, weil sie alle ja leider keine Millionäre sind und nur ein gebundenes, genau auf die Lebens- und Genußmittel berechnetes Einkommen haben. Genau wie in der Zigarrenindustrie wird auch hier, wenn der Konsument anstatt 3 nur 2 Röllchen die Woche konsumiert, der Ausfall mindestens 20 000 Zentner oder, wie schon richtig berechnet wurde, 20 Prozent der Produktion betragen.

Die Kautabakindustrie beschäftigt laut Regierungsstatistik zirka 3000 Personen. Man muß also schon in dieser kleineren Branche mit der Arbeitslosigkeit von 600 Tabakspinnern, Rollenmachern, Deckmachern, Vorlegern usw. rechnen. Das ist keine Schwarzseherei. Wer dies behaupten will, der sehe sich doch bitte die Denkschrift der Regierungsvorlage Seite 157 einmal an. Dort steht: Im Rechnungsjahr 1907 wurden 400 Doppelzentner Kautabak in Rollen eingeführt, während dieselbe Regierung auf Seite 68 nur noch mit der Einführung von 100 Doppelzentner Rau- und Schnupftabak für die Zukunft rechnet. Die angebliche Bekämpfung der ausländischen Konkurrenz ist ja doch wohl nicht damit zu erzielen, indem man die Inlandsproduktion verteuert und erschwert. Nein, die Regierung rechnet selbst mit dem Rückgang des Konsums.

Doch genug davon. Vielleicht ist auch dies wieder so ein kleiner „Rechenfehler“ der „Theoretiker“ in Steuerfragen.

Die Hauptsache bleibt, die Regierung will beileibe nicht das Pfeifchen des armen Mannes verteuern. Sie will beileibe nicht die wirtschaftlich Schwachen belasten. Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß auch bei der geringsten Belastung der Tabakindustrie, wenn sie auch nur den vierten Bruchteil dessen, was die Regierung uns servierte, bringen soll, eine schwere Belastung der armen Leute bringt. Jede neue Tabaksteuer ist nur mit der Vernichtung vieler Existenzen und mit Vertreibung des einzigen Genußmittels der Armen zu erkauften.

Was möglich war zu geben, ist geschehen und ist die Industrie an der Grenze der Belastung angekommen. Ein weiteres wird ungeheure Umwälzungen in Produktion und Konsum hervorrufen, noch verstärkt durch die wirtschaftliche Krise.

Das „Pfeifchen des armen Mannes“ ist die Zigarre in den Preislagen von 3 bis 6 Pfg., sowie die Kautabakrolle. Dies sind die Genußmittel der großen Masse des armen Volkes. Will man diese berücksichtigen und schonen, wie es immer so schön dem Volke gesagt wird, so darf ein Volksvertreter niemals einer höheren neuen Belastung durch Steuer oder Zoll seine Zustimmung erteilen.

## Berichte.

Hünningen. Weitere Versammlungen fanden statt in Hünningen und Orschweiler. Beide erfreuten sich eines guten Besuchs. Protestresolutionen gegen jegliche Mehrbelastung des Tabaks und seiner Produkte fanden einstimmige Annahme. Recht großes Interesse brachte man der Einberufung des Protestkongresses entgegen. Man hofft, daß die Wirkung eine möglichst große sein wird.

St. Ludwig (Elsas). Hier tagte am 2. Dezember bei Bach eine Mitgliederversammlung, zu welcher auch der Gauleiter Ab. Geising erschienen war und zum Punkt Agitation und Organisation referierte. Die Zusammenkunft der Tabakarbeiter und besonders der Arbeiterinnen aus den verschiedensten Nationalitäten machte das Wortwortsprechen für die Organisation äußerst schwer, dennoch mußte versucht werden, diesem Hindernisse zu begegnen. Die an den letzten beiden Sonntagen vorgenommene Hausagitationen seien recht günstig verlaufen. Es gelte nun, weiter zu schaffen, und hierzu bedürfe es der regen Mitarbeit der Kollegen und Kolleginnen am Orte. Was die Aufklärung unter den Ausländern betreffe, so werde er Sorge tragen, daß in der nächsten Versammlung ein Dolmetscher zur Stelle sei, der seine Ausführungen übersehe. Wenn hier und da der

Wunsch geäußert sei, die Berichte in italienischer Sprache erscheinen zu lassen, so müsse er erklären, daß dies äußerst schwer zu erreichen sei. Was nach dieser Seite gemacht werden könne, wolle er alles tun, um den Wünschen gerecht zu werden. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen und Kolleginnen. Zum Schluß wurde die Ergänzungswahl der Verwaltungsbeamten vorgenommen.

Trebbin. Am 13. Dezember 1908 tagte im Gesellschaftshaus (Emil Schulze) eine öffentliche Protestversammlung der Tabakarbeiter, Arbeiterinnen und Interessenten für Trebbin und Umgegend. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Tabaksteuerborlage im Reichstage; Referent Reichstagsabg. Fritz Jubeil; 2. Diskussion. Der Referent verstand es, in zirka 2 1/2 stündigem Vortrag den Anwesenden die Gefahren der Finanzreform vor Augen zu führen. Redner unterzog nun die Tabaksteuerborlage einer schweren Kritik und machte auf die Gefahren aufmerksam, wenn sie Gesetzeskraft erlangte. Da nun die Lage der Tabakarbeiter eine tieftraurige ist und ihr Einkommen um 44 Prozent niedriger sei als in allen anderen Berufen, können sie am allerwenigsten diese Steuer ertragen. In einem kräftigen Schlußwort rief er den Tabakarbeitern und Arbeiterinnen zu, in ihrer traurigen Lage nicht mehr der gesellschaftlichen, sowie der politischen Organisation fernzustehen, sondern einzutreten in die Reihen der kämpfenden und mitzuarbeiten in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation. Die Versammlung spendete dem Referenten großen Beifall. Da sich zum zweiten Punkt niemand zum Wort meldete, wurde die von 300 Personen besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Zeitz. In der Mitgliederversammlung am 7. d. M. ehrten die Kollegen und Kolleginnen das Andenken des verstorbenen Kollegen Otto Fode in der üblichen Weise. Darauf erstattete Kollege Reupke Bericht von der Gaukonferenz in Leipzig. Eine Diskussion schloß sich dem Bericht nicht an; die Mitglieder sind mit den Beschlüssen einverstanden. Zum 2. Punkt gab derselbe Kollege den Bericht von den Arbeiten des Gewerkschaftsrates. Weiter wurde von seiten der hier bestehenden Kommission berichtet über die Arbeiten in der Protestbewegung. Es kam zu einer lebhaften Aussprache, welche sich auch mit dem bevorstehenden Kongress beschäftigte; als Delegierter wurde Kollege Reupke einstimmig gewählt. Da es sich weiter nötig machte, einen Revisor zu ernennen, wurde Kollege Emil Senf in Vorschlag gebracht. Beim Punkt Stellungnahme zum Unterlasser waren die Anwesenden mit dem Vorschlag der Ortsverwaltung einverstanden, um eine geregelte Kassen- und Buchführung zu schaffen; einstimmig wurde Kollege Emil Engelmann zu dem Posten gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurden noch einige wichtige, aber örtliche Sachen verhandelt. Mit einem warmen Appell an sämtliche Anwesenden, in nächster Versammlung für besseren Besuch zu sorgen, schloß Kollege Reupke die letzte diesjährige Mitgliederversammlung. Kollegen und Kolleginnen! Nicht persönliche Sache war es von der Ortsverwaltung, den Mitgliedern anzuraten, den jetzigen Unterlasser seines Postens zu entheben, sondern es war notwendig, wollen wir nicht eine Zerrissenheit im Kassierwesen einschleichen lassen dadurch, weil der jetzige Unterlasser Hausarbeiter ist. Darum bleibt ihm nicht die nötige Zeit dazu, seinen Posten so zu verwalten, wie es nötig ist. Deshalb sollte man diesen Schritt gutheißen und nicht darüber schmälern oder Uneinigkeit herbeiführen. Ferner ist es notwendig, daß die Fragebogen, welche jedes Mitglied erhält, genau und gewissenhaft ausgefüllt werden; jede Frage muß mit Wörtern beantwortet werden; Striche oder dergleichen sind keine Antwort. Die Kassierer werden darauf genau achten und den Mitgliedern behilflich sein. Weiter ist notwendig, daß alle Mitglieder die nächste Versammlung besuchen, da in derselben die Jahresabrechnung gegeben wird und die Neuwahl der Verwaltung auf der Tagesordnung steht. Agitiere ein jeder für Massenbesuch!

## Bayern.

Der Unterzeichnete beruft hiermit auf Sonntag, den 10. Januar 1909, vormittags 10 Uhr, in das Lokal Dreiförmig in Ansbach eine

Protestversammlung gegen die geplante Besteuerung des Tabaks ein.

Alle diejenigen Orte Bayerns, die in dem Bereich des 10. Gauess liegen, bitte ich, an dieser Konferenz durch Besichtigung von Delegierten teilzunehmen.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert eine zahlreiche Delegation.

Der Einberufer:

Joseph Wildemann.

Vorsitzender des Protestkomitees für Bayern und Württemberg.

## Uereinstell.

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telefon Nr. 6046.

Bürozeit von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6 zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Niederwöland, Bremen, Faulenstraße 58/60 II (Gewerkschaftshaus), immer 6.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Emil Wilken, Altona-Oldensen, Scheel-Pfeifenstraße 1, I, zu adressieren.

## Bekanntmachungen.

Ausgeschlossen wurden nach § 15b:

Das Mitglied Otto Juch aus Ohlau, geb. 15. 5. 71, eingetr. am 20. 10. 06, RI. V, S. I, 44585, zurzeit in Röhde t. Altmark.

Ferner als Arbeitswillige:

Herrn. Wohler aus Barnstorf, geb. 24. 1. 92;

Herrn. Schläter aus Barnstorf, geb. 10. 12. 90;

Herrn. Grimberg aus Barnstorf, geb. 20. 5. 98;

zurzeit in Barnstorf.

Konrad Gluck, Marie Jg, Lisette Gensler und Kar' Kleinshrodt, zurzeit in Nürnberg.

## An die Bevollmächtigten!

Auf Grund vielfach gekürter Anträge und geäußelter Wünsche, den Zahlstellen unseres Verbandes einen höheren Prozentsatz pro verkaufte Marke zu belassen zur Befreiung der Ausgaben für lokale Zwecke und Verwaltung, hat der Vorstand besch. offen, allen den Zahlstellen, die bis heute unter 3 1/2 Pfa. pro verkaufte Marke am Orte behielten, das Recht einzuräumen, von diesem 4. Quartal an 3 1/2 Pfa. pro verkaufte Marke am Orte behalten zu können.

Diesem Beschluß geben wir zugleich mit dem Hinweis bekannt, daß die von einigen Zahlstellen gelübte Praxis, fogenannte „sonstige Ausgaben“ in Rechnung zu stellen, nicht mehr anerkannt ist und daher vom Vorstande auch nicht mehr anerkannt werden wird.

Die Gauleiter und Bevollmächtigten werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß, um den Jahresbericht zeitig fertig zu stellen, es unbedingt erforderlich ist, die Abrechnungen für das 4. Quartal 1908 gleich nach Beginn des neuen Jahres aufzustellen und an uns einzusenden ist.

Insbesondere ist darauf zu achten, daß im 4. Quartal sämtliche Unterstützungen bis zum 31. Dezember 1908 zu verrechnen sind. Es dürfen keine Unterstützungen des Jahres 1908 auf das 1. Quartal 1909 übertragen werden. Es müssen die bei Aufstellung der Abrechnung schon ausgezahlten Unterstützungen für 1909 im 1. Quartal eingestellt werden.

Bei Auszahlung von Unterstützungen ist ferner darauf zu achten, daß das Kalenderjahr nicht mehr in Betracht kommt, sondern nur das Unterstühtungsjahr.

Dringend erforderlich ist es, sämtliche überflüssigen Gelder schon vor dem 31. Dezember einzusenden.

Der Vorstand.

## Vom Vorstande sind ernannt:

Für Lauffen a. Neckar: Wilh. Münch als 1. Bev., Friedrich Schud als 2. Bev., Peter Klering als 3. Bev.; Wilh. Arnold, Karl Müller, Karl Rüdke als Kontrolleure.

Für Weiskensels: Karl Eichardt als 1. Bev., Herm. Koch als 2. Bev., Heinz. Deppert als 3. Bev.; Em. Schulze, Friedr. Ransbrock, Frau Kämmerer als Kontrolleure.

Für Zeitz: Emil Senf als Kontrolleur.

Vom 15. bis 21. Dezember 1908 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
10. Dezember.	16. Dezember.
Wigenhausen, durch H. Schmitt . . . 60.—	Heidenheim . . . 30.—
10. Deuben . . . 250.—	16. Eyradow . . . 280.—
10. Danzig . . . 50.—	16. Altona a. E. . . 600.—
12. Senftenberg . . . 120.—	16. Spenge . . . 400.—
13. Schwenitz . . . 35.—	16. Neulubheim . . . 100.—
13. Baugen . . . 100.—	16. Frankenhäusen . . . 100.—
14. Fürstentum . . . 100.—	16. Pyrmont, durch R. Reichmann 150.—
14. Enger t. W. . . 300.—	16. Löwenten, durch R. Reichmann 120.—
14. Breslau . . . 250.—	17. Gafstedt . . . 800.—
14. Passau, H. Goring 5,80	17. Gantenstheim . . . 75.—
14. Hagenow, D. Wandschneider . . . 8,60	18. Rabden t. W. . . 70.—
14. Freiberg . . . 200.—	18. Waldbaum . . . 100.—
14. Frankenberg t. S. . . 300.—	19. Eberswalde . . . 100.—
14. Kirchheim . . . 70.—	19. Dessau . . . 100.—
14. Zeitz . . . 200.—	19. Hünnerfeldmarf . . . 200.—
15. Westeregger . . . 100.—	19. Orloy a. Rh. . . 200.—
15. Scharmbed . . . 200.—	19. Bredstedt . . . 200.—
15. Alsborg, C. Brandis 2.—	19. Trebnitz . . . 50.—
15. Hainichen . . . 160.—	19. Hünbe t. W. . . 200.—
15. Speyer . . . 200.—	20. Zeitz . . . 100.—
16. Bremen . . . 200.—	20. Dahme . . . 800.—

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Grüße die Herren Abnehmer, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 21. Dezember 1908.

W. Niederwöland, Kassierer, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

## Adressen-Änderungen:

Nachstehende Änderungen wollen die Mitglieder immer fortlaufend in ihrem Adressenverzeichnis vornehmen, damit sie stets ein richtiges Adressenverzeichnis haben.

Für Lauffen a. Neckar: Der 1. Bev. Wilhelm Münch wohnt Seemannstraße 40. — Der 2. Bev. Friedrich Schud wohnt Bahnhofstraße.

## Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Lauffen a. Neckar: Durch den 2. Bev. Friedrich Schud, Bahnhofstraße. An Wochentagen von 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12 bis 2 Uhr nachmittags.

## Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In Lauffen a. Neckar: Durch den 2. Bev. Friedrich Schud, Bahnhofstraße.

## Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht eure Versammlungen zahlreich!)

In Gandersheim: Sonntag, den 3. Januar 1909, nachmittags 3 Uhr, im Zweifelschen Lokale. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1908. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Tabakarbeiter-Kongress in Berlin. 4. Wahl eines Delegierten zu demselben. — Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

## Die Ortsverwaltung.

In Kirchzellern: Sonntag, den 3. Januar 1909, an bekannter Stelle in Süllengern. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Um pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird gebeten. Der Vorstand.

In Dessau: Sonnabend, den 9. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Hohenollern, Amalienstraße 117. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. — Die auswärtigen Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge bis dahin u begleichen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Ronneburg. Mitglieder, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich vorher in ihrem eigenen Interesse an den Bevollmächtigten wenden. J. A.: Der Bevollmächtigte.

## Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Altenhorst, Mozartstraße 5, I. Ausschuß: O. Sidow, Brandenburg a. S., Steinstraße 22. Schiedsgericht: L. Dechand, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Schweltingen 80.—, Ballenbar 50.— M. Zuschüsse: Feuerbach 50.—, Braunschweig 150.— M. Krankengeld: 66,80 M.

Bilanz für das 3. Quartal 1908.	
Rassenbestand vom 2. Quartal . . .	189 544,66 M.
Einnahme . . . . .	31 087,19 „
220 631,85 M.	
Ausgabe . . . . .	26 358,19 „
194 273,66 M.	
Hamburg, den 21. Dezember 1908. J. Otto.	
Zur Beachtung! Das 4. Quartal schließt mit Einnahme und Ausgabe mit dem 26. Dezember ab.	

# J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Als Ersatz für den sehr hoch im Preise stehenden Brasil empfehle:  
**10000 Pfund Java, Umblatt und Einlage**, großblättrig und flott am Blatt brennend, feine Qualität, 85 Pfg. Ferner offeriere **12000 Pfund Carmen**, schlicht 80 Pfg., prima 85 Pfg., doppelt prima 90 Pfg. **Sumatra-Decker**, zweite Vollblatt-Länge, ganz hell und reinfarbig, deckt mit 1/2 Pfund, tadellos weiß brennend, 350 Pfg.; erste Vollblatt-Länge, wunderbare Farben und Brand, 400-500 Pfg. Ferner empfehle **Sumatra-Decker** von 140-400 Pfg. in allen Farben. **Sumatra-Umblatt und Einlage** (Sandblatt) 110 Pfg. **Vorstenland-Decker**, dunkelbraun 170 Pfg., hellfarbig 220, 250-300 Pfg. **Java-Decker** 220-300 Pfg., **Umblatt** 100, 110, 120, 130 Pfg., **Umblatt und Einlage**, feinste Qualität und flott am Blatt brennend, 95 und 100 Pfg. **Mexiko-Decker**, graubraun 300 Pfg., dunkel 220 Pfg. **Umblatt** 150 Pfg. **St. Felix-Brasil-Decker**, garantiert schneeweiß Brand und größte Deckkraft, 170 und 180 Pfg., **Umblatt** 120 Pfg. **Havanna**, edle Qualität, 300 Pfg. **Yara-Cuba** 160, 220 Pfg. **Domingo** 85, 90, 100 Pfg. **Portorico** 90 Pfg. **Loggut** aus nur überseeischen Originaltabaken, meist Umblatt enthaltend, 85 Pfg.

**Wickelformen** { neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko. }

**Neue, schmiedeeiserne Formenpressen** mit Flachgewinde inf. Holz und Brechbrett, für 10-12 Formen, pro Stück 6,50 Mk. **Gummi-Traganth**, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund 250 Pfg. **Zigarrenband**, feinste, gelbe Halbseide, 8 Lin., pro 50 Mtr.-Rolle 160 Pfg. **Preise per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.**

## Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Ältestes Rohtabakgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.  
**Sumatra- und Java-Decken** 2,00, 2,25, 2,50 A, hell 2,60, 2,80, 3,00, 3,20, 3,40, 3,60, 3,80, 4,00, 4,60 A. — **Java** 0,92, 0,95, 0,98, 1,05, 1,10, 1,25, 1,35, 1,40, 1,46 A. — **Domingo** und **Carmen** 0,98, 1,00, 1,05, 1,20, 1,30 A. — **Mexiko** 2,50, 3,00, 3,50 A. — **Havanna** 3,60 A. — **Felix** 1,00, 1,10, 1,15, 1,20, 1,25, 1,30, 1,50 A, **Decke** 1,80 A. — **Loggut**, blattig und gesund, 0,90 A. — **Uckermärker** 0,75, 0,78, 0,84, 0,88 A. — **Rebuts** 0,86, 0,88 A (Umblatt). — **Holländer Umblatt** 0,88 A. **Diskont gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.**

## Heinrich Borrmann, Bremen

**Billigste Preise! Rohtabak Reichhaltiges Lager**

Ich habe mich entschlossen, neben meinem Enro-Geschäft einen **Detail-Versand** einzurichten. Es kommen nur **garantiert ferngesunde Tabake** aus **originalen Ballen** zum Versand. Sorgfältige Verpackung und gewissenhafte Erledigung auch des kleinsten Auftrags.

Die Preise verstehen sich per Pfund verzollt gegen Kasse. **Auszug aus meiner Preisliste!**

**Sumatra-Decker** 1. Länge, sehr gutes Stückblatt, blütenweißer Brand, mittelfarbig. . . . . 190 ¢  
 ferner alle Längen und Farben von 200 ¢ bis 450 ¢  
**Vorstenland-Decker** sehr zu empfehlen, tadellos weißer Brand und vorzüglicher Geschmack, mit 1/2 Pfund bedend, per Pfund. . . . . 190 ¢  
**Havanna-Einlage**, leichte, würzige Qualität, vorz. Füllmaterial 165 ¢  
**Java-Decker**, 2. Länge Vollblatt 200 ¢  
**Java-Umblatt**, flotter Brand und vorzüglicher Geschmack. . . . . 110-130 ¢  
**Java-Einlage**, kräftige u. leichte Qualität, sehr blattig. . . . . 90-95 ¢  
**Java-Umblatt und Einlage**. . . . . 100 ¢  
**Seedleaf**, sehr feines Umblatt, sparsam im Gebrauch. . . . . 110-115 ¢  
**Versand nur gegen Nachnahme. — Kredit nach Uebereinkunft.**

## Heinrich Borrmann, Rohtabak, Bremen.

## S. Hammerstein Filiale

Vertreter: Gustav Boy

Berlin N., Brunnenstr. 183.

### Roh-Tabak. Bedarfs-Art.

**Sumatra-Decke**, besonders preiswert, hellfarbiges Stückblatt à 200, 300 ¢, hellfarbiges Vollblatt ff. à 400, 450 ¢, mittelfarb. Vollblatt à 250, 275, 360 ¢  
**Sumatra-Umblatt** 140 ¢  
**Java-Sumatra-Decke** 215, 230 ¢  
**Vorstenland-Decke** 200, 225, 250 ¢  
 ferner (wie Mexiko) 250 ¢  
**Java** 85, 90, 95, 105, 120, 130, 135, 140 ¢  
**Brasil** 105 (Eri), 125, 130, 135, 150, 200 ¢  
**Carmen** 90, 95, 100, 110, 115, 120, 130 ¢  
**Domingo** 90, 95 ¢, **Umblatt** 100, 115 ¢  
**Seedleaf**, großblättrig, pa Dual, nur 90 ¢  
**Fabrikabfall**, grob, 75 ¢, **Loggut** 85 ¢  
**Inländische Einlage** 85 ¢  
**Entrippte, rein überseeische hochfeine Einlage** 120 ¢ netto  
**Preise per Kasse mit 3 Proz. Rabatt. — Versand unter Nachnahme.**

Preise per Kasse ohne Abzug.

## Die Expedition des Tabakarbeiter

Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21

gibt folgende, zu **Weihnachtsgeschenken** geeignete preiswerte Bücher gegen Einwendung des Betrages und Porros (Buch 20 Pfg.) ab  
**Im Reiche der Freiheit.** Briefe über den Sozialismus von Robert Blatchford. . . . . 1 Mk nur 50 Pfg.  
**Die russischen Kämpfe um Freiheit und Recht.** Von Professor W. von Reusner. . . . . 25 Pfg., schön gebunden 1 Mk.  
**Erinnerungen eines Japaners.** Schilderungen von J. Heco (Lotto). . . . . 300 Seiten stark. . . . . 75 Pfg.  
**Ernst Haackel.** Von Wilhelm Bölsche. Volksausgabe. . . . . 1 Mk  
**Krieg. Kriegsgrenel aller Zeiten.** Von W. Fischer. Gebund. 2 Mk  
**Fürst Krapotkin.** Memoiren eines russischen Revolutionärs. Volksausgabe. . . . . 4 Mk  
**Fürst Krapotkin.** Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. . . . . 2 Mk

## Geräte für die Fabrikation

als:  
**Wickelformen, Formenpressen, Ristenpressen, Arbeitstische, Schmel-, Sortier-, Sticht-, Stichtmaschinen für Wickelmacher, Bündelpressen etc.**  
**Rollbretter, Ia.-Ware.** rotbuch 1,50 A, weisbuch 2 A unverwundlich!  
**Echt amerik. Kopfh Holz-Bretter** mit Eisenbolzen — Unerreicht in Haltbarkeit! — per Stück 5,50 A, 10 Stück 53 A  
**Arbeitsmesser, prima Stahl** per Stück 25 ¢, 10 Stück 2 A  
**Hamburg-Arbeitsmesser** zu gleichen Preisen.  
**Trockenöfen** zu 2 Mille 40 A zu 3 Mille 55 A  
 P. S. Sämtliche Geräte sind nur aus bestem Material hergestellt, worauf ich ganz besonders aufmerksam mache.  
**W. Hermann Müller, Berlin**  
 Magazinstrasse 14.

## Carl Roland, Berlin SO.

Rottbuser Straße 4.  
**Sumatra, Decke**, voll- u. hell, per Pfund 2 Mk., hell 3 Mk. **Java-Sumatra, Decke**, Vollblatt, per Pfund 2,30 Mk. **Java**, Aufarbeiter, sehr leichtblättrig, per Pfund nur 1,05 Mk. — Alle anderen Tabake billigst und reell.

## Rohtabak-Lager Wilhelm Puchtler.

Besonders vorteilhaftes Angebot:  
**Sumatra**, Stückbl., 2. u. h. u. tabel., hell u. rot, p. Pfd. 1,40, 1,80, 2,75.  
**Vorstenland**, Decke, 1. u. 2. u. u. u., hell u. mittelfarbig, p. Pfd. 2,30.  
**Brasil**, Umbl. u. Decke, tadellos in Brand und Qualität, p. Pfd. 1,45.  
**Loggut**, gesund, rein amerikanisch, per Pfund 85 Pfg.  
**Versand nur gegen Nachnahme.**  
**Altona, Paulstrasse 14.**

## Roh-Tabak!

**Sumatra** 120, 150, 240, 250, 320, 400, 700 ¢  
**Vorstenland** 100, 105-200, 250 ¢  
**Brasil** 110, 125, 150, 150, 180, 200 ¢  
**Domingo** 85, 100, 110 ¢  
**Mexiko** 180, 250, 300 ¢  
**Borneo** 130 ¢  
**Havanna** 250, 300, **Loggut** gef. 80 ¢  
**Seedleaf** 100, 110, 120, 130 ¢  
**Gestr. Einlage** 130, **Grus** 100 ¢  
**Versand nur unter Nachnahme.**

## A. Matthesen

Altona, Grosse Prinzenstr. 18.

## Das persönliche Regiment

Reden und sonstige öffentliche :: Aeusserungen Wilhelms II. ::  
 Broschiert 200 Seiten 1 A, Porto 20 ¢.  
 Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig Tauchaer Strasse 19/21.

## Wiesbadener Volksbücher

Pro Bändchen 10 bis 45 Pfg.  
 Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Str.

## W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstraße 14.

Nr. 6198  
**Sumatra**  
 à Pfund Mk. 1,75, verzollt.

Nr. 6195  
**Java-Sumatra**  
 à Pfund Mk. 2,50, verzollt, rötlich braun, gute Farben, tadellos brennend.

## ! Roh-Tabake !

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation laufen am besten und billigsten bei

## L. Cohn & Co., Berlin N. 54

Brunnenstrasse 24  
 Deutschlands größtes Fabrik-Handels-Geschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branchen.  
 Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.  
**Jede Fassung stets am Lager.**  
 Soeben erschien unsere neueste Preisliste Nr. 23. Zusendung kostenlos sofort 50 Pfg.

## G. de Roeper, Amsterdam

Prinsengracht 285

**Sumatra-Decke**, helle Farben, schneeweiß brennend  
**Deli-My A 2**, Vollbl., I. u. 2,67 A, II. u. 2,20 A, III. u. 1,67 A  
**Deli-My A 2**, Stückbl., I. u. 2,10 A, II. u. 1,67 A  
**B. T. R. Senembah**, Vollbl., I. u. 2,50 A, II. u. 2,10 A, III. u. 1,67 A  
**B. T. R. Senembah**, Stückbl., I. u. 1,95 A, II. u. 1,67 A, III. u. 1,60 A  
**Deli-Bat-My (Tandem)**, Vollbl., I. u. 2,50 A, II. u. 2,10 A, III. u. 1,60 A  
**Deli-Bat-My (Tandem)**, Stückbl., I. u. 1,95 A, II. u. 1,50 A  
 Alle anderen Tabake gegen sehr billige Preise.  
 Verland nur unter Nachnahme. Preise unverzollt.

## Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen

Preise verzollt pro Pfund gegen Kasse.

Von neuen Einfäusen empfehle:  
**Sumatra-Decker**, 2. Länge Stückblatt, hell, Ia Ia Brand, Deli 130 ¢  
 do. 1. " " " " " " 160 ¢  
 do. 3. " " " " " " 180 ¢  
 do. 3. " " " " " " 220 ¢  
 do. 2. " " " " " " 220 ¢  
 do. 1. " " " " " " 250 ¢  
 do. 2. " " " " " " 350 ¢  
 do. 2. " " " " " " 650 ¢  
**Sumatra-Umblatt**, leicht und edel. . . . . 115-130 ¢  
**Vorstenland-Decker**, hellfarbig. . . . . 220-300 ¢  
**Java-Umblatt**, hochfein. . . . . 120-140 ¢  
**Java-Einlage mit Umblatt** . . . . . 80-100 ¢  
**Mexiko**, feinter St. Andres. . . . . 350-500 ¢  
**Havanna**, Umblatt und Einlage . . . . . 120-250 ¢  
**Seedleaf**, feinstes Umblatt . . . . . 90-120 ¢  
**St. Felix-Brasil**, Einlage . . . . . 100-120 ¢  
 " " Umblatt . . . . . 120-140 ¢  
 " " Decker . . . . . 150-200 ¢  
**Domingo FF** . . . . . 85-100 ¢  
**Carmen**, hochfeines Umblatt . . . . . 80-85 ¢  
**Loggut**, fast reines Umblatt . . . . . 90-100 ¢  
 " " " " " " " " 80-90 ¢

Preise verzollt pro Pfund gegen Kasse.

Ziel bei Aufgabe unter Referenzen nach Uebereinkunft. Pakete nur Nachnahme! Bei größeren Abchlüssen Spezial-Offerte. Zum Beispiel offene riere einen **Boxen Felix** zum Schneiden à 35-40 ¢ pro Pfund unverzollt gegen Kasse. Einen großen **Posten Loggut** in Ballen von ca. 250 Pfund, rein amerikanisch, à 30 ¢ pro Pfund unverzollt.

Proben nur gegen Nachnahme. Proben nur gegen Nachnahme.

## Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

## Wir empfehlen zu bekannt billigen Preisen

**Sumatra-Decken** . . . . . 195-500 ¢  
**Vorstenland-Decken** . . . . . 180-300 ¢  
**Java-Decken** . . . . . 170-250 ¢  
**Java-Umblatt und Decken** . . . . . 140-165 ¢  
**Java-Umblatt** . . . . . 120-145 ¢  
**Java-Aufarbeiter** . . . . . 120-130 ¢  
**Java-Einlagen** . . . . . 85-125 ¢  
**Carmen-Umblatt** . . . . . 120-145 ¢  
**Carmen-Aufarbeiter** . . . . . 95-115 ¢  
**Felix-Ersatz-Einlagen** . . . . . 100-125 ¢  
**Domingo-Umblatt** . . . . . 120-135 ¢  
**Domingo-Einlagen** . . . . . 95-105 ¢  
**Felix-Decke** . . . . . 180-230 ¢  
**Felix-Umblatt** . . . . . 150-175 ¢  
**Felix-Umblatt u. Einlage** . . . . . 125-160 ¢  
**Felix-Einlagen** . . . . . 110-160 ¢  
**Havanna-Umblatt u. Einl.** 280-315 ¢  
 (auch Decke enthaltend)  
**Havanna-Einlagen** . . . . . 200-245 ¢  
**Uckermärk.-Umblatt und Einlage** . . . . . 85 ¢  
**Prima Loggut, rein überseeisch** . . . . . 85 ¢  
**Entrippte, gestreckte Einlagen** von 135 ¢ an aufwärts! — Diskont 3 Proz., bei Kassaabzug von 30 Pfund einer Sorte 3 Proz. Extra-Rabatt.  
 Proben nur unter Nachnahme. — Kredit nach Uebereinkunft!

## Jacob & Noll, Rohtabak-Versandhaus

Fernspr. 6247. Hannover. Fernspr. 6247.

## Java-Umblatt und Einlage

n blattiger, schöner Ware, feinste helle und mittelfarbige **Sumatra-Decker, Carmen** und **Domingo-Umblatt**, wie helles, loses Gut, aus nur gesunden, überseeischen Tabaken zusammengestellt, offeriert billigt

## Heinr. Carl Rese jr., Bremen.

## Achtung! Java-Deckblatt

erste Länge Vollblatt, reine Farben u. ff. brennend, empfehlen verzollt per Pfund Mk. 2,60.

**Typen** verstanden gerne gratis und franko.

## Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen  
 Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.

## Gewerkschaftsbewegung u. Alkoholfrage.

Mit Porto 15 ¢, Volksbuchhandlung, Leipzig, Tauchaer Str.

**Allen Stotternden** unfehlb. sich. Selbsthilfe  
 A. unt. Garant., es gibt hiern. kein Stottern mehr. Ich als ehemal. stark Stotternde gebe Mitteil., wie leicht ich mich selbst gründl. von dem schlimm. nervösen Fehler dauernd befreite! **Bad Kösen i. Thür., Rudelsburg-Promenade 2, Frl. C. Schreiber.**

## Paul Haesen aus Strelno

Wo steckst Du? Um Deine Adresse bittet **K. Menzel, 2. Bevollm., Guben, Badernur 18.** Bitte die Beschlüßmächtigen, dies zu beachten und die Adresse event. einzusenden. (Verbandsangelgenheit.)  
 Unserem Rollen **Heinr. Ploper** nebst Braut **Luise Backhaus** zu ihrer am 25. Dezember stattfindenden **Verlobung** ein donnerndes Lebe hoch!  
 Zahlstelle Blasheim.

Meinem lieben Freund, Kollegen und Genossen

## Karl Kleine nebst Braut

in Gohausen zu ihrem am 27. Dezbr. stattfindenden **Hochzeitsfest** die herzlichsten Glückwünsche.

**Wilhelm Schlüter, Bielefeld.**

## Codes-Anzeige.

Am 20. Dezember verstarb das Mitglied **Wilhelm Kühn** aus Gohausen im Alter von 54 Jahren an der Berufsfrankeit.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Nutzschen.

## Briefkasten.

K. M., Guben 70 Pfg. — W. Sch., Bielefeld 1 Mk. — Koll., Blasheim

## Warum nicht gemeinsam?

In der Nr. 28 vom 4. Dezember der Deutschen Tabakarbeiter-Zeitung, Organ des christlichen Verbands, wird die obige Frage aufgeworfen. Nachdem das christliche Blatt in einem längeren Artikel sich mit der Viefelder Volkswacht auseinandersetzen versucht, kommt das Blatt zu Angriffen gegen die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands. Wir überlassen der Viefelder Volkswacht, sich über das sie Betreffende mit dem christlichen Blatte auseinanderzusetzen und wenden uns nur gegen die Angriffe, die uns angehen.

Erstens behauptet das christliche Blatt, daß die auf dem Kongreß von 1893 von allen Tabakarbeitern gewählte Zentralkommission ihren „neutralen“ Standpunkt bald verlassen habe. So habe sie, als sie 1905 in Tätigkeit trat, nur den sozialdemokratischen „Tabak-Arbeiter“ als Veröffentlichungsorgan für ihre Aufrufe usw. benützt und so den „freien“ Tabakarbeiterverband als den alleinigen Vertreter der gesamten Tabakarbeiterschaft Deutschlands anerkannt; ihren Verband hätten wir anscheinend absichtlich damals übersehen.

Von 1893 bis 1905, also 12 Jahre, hatten diese christlichen Kollegen gegen unsere Neutralität nichts einzuwenden gehabt. So groß dieser Vorwurf nun ist, so ungegründet ist derselbe. Genau so wie 1905 haben wir uns auch 1893 nur an den „sozialdemokratischen“ Tabak-Arbeiter mit unsern Aufrufen gewendet, in allen Fällen aber mit dem Ersuchen an die gesamte Arbeiterpresse um gefälligen Abdruck. Des weiteren waren alle unsere Aufrufe an die gesamte Tabakarbeiterschaft gerichtet. Wir konnten doch nicht wissen, daß sich christliche Tabakarbeiter nicht zur gesamten Tabakarbeiterschaft rechnen würden, oder ihr Organ sich nicht als Arbeiterblatt betrachtet. Daß wir den christlichen Verband anscheinend übersehen hätten, müssen wir entschärfen zurückweisen, indem wir uns an keinen Verband, sondern immer und immer nur an die gesamten Tabakarbeiter Deutschlands gewendet haben und zwar im „Tabak-Arbeiter“, „dem Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“.

Zum Ueberfluß können wir auch noch darauf hinweisen, daß wir des öfteren in unseren Aufrufen uns an die „christlichen“, „Kirch-Dunderschen“ oder freien gewerkschaftlichen Verbände und ebenso auch an Nichtorganisierte gewendet haben.

Zweitens macht uns das christliche Blatt den Vorwurf, daß wir uns im Kampfe von 1905/06 gegen die Tabaksteuer an die Gewerkschaften, Gewerkschaftskartelle, Wahlvereine, mit dem Ersuchen gewendet haben, uns durch Verbreitung unserer Flugblätter Nr. 3 zu unterstützen. Ganz besonders glaubt es uns einen Vorwurf machen zu müssen, daß wir geschrieben hätten: „Die sozialdemokratische Partei hat bei früheren Projekten ähnlicher Art in den ersten Reihen der Kämpfer zur Bekämpfung dieser Projekte gestanden. An die Parteigenossen im ganzen Reiche wenden wir uns mit der Bitte, uns bei der Verteilung dieser Flugblätter zu unterstützen zu wollen.“ Durch diese Flugblätter in der Auflage von einer Million wandten wir uns an die gesamte Bevölkerung Deutschlands, um die uns drohende Gefahr beseitigen zu helfen. Wie diese christlichen „Gewerkschaftler“ selbst zugeben, haben wir uns an die Gewerkschaften gewandt und dort Hilfe gesucht. Auch hier fühlten sie sich nicht gemüßigt, bei der Verteilung dieser Million-Flugblätter auch in ihren Kreisen volle Aufklärung zu verbreiten. Daß wir uns auch an die sozialdemokratische Partei gewendet, ist für jeden denkenden Menschen selbstverständlich. Man nimmt die Hilfe da, wo man ihrer sicher ist. Eine Partei von 3/4 Mill. Stimmen im Reiche können doch unsere christlichen Kollegen selbst nicht von der Bildfläche verschwinden lassen. Gätten wir gehofft, bei der Zentrumsparthei dieselbe Hilfe zu finden, hätten wir uns auch an diese gewandt. Daß wir dies nicht konnten, beweist das Verhalten der Zentrumsparthei bei der Beschlußfassung über die Zigaretten-Banderolsteuer im Reichstage am 18. Mai 1906. Hier stimmte die Zentrumsparthei geschlossen (mit zwei Ausnahmen) für dieselbe. Hierdurch gab sie dem Steuer-Teufel den kleinen Finger; nun will derselbe auch die ganze Hand nachholen. Hieraus ist klar zu ersehen, weshalb unsere christlichen „Kollegen“ nötig hatten, sich abwärts von uns zu stellen. Hier mußte der arme, hungriige Tabakarbeiter in ihnen schweigen, weil die Reichen und Großen der Zentrumsparthei ihren Geldbeutel für direkte Steuern verschlossen hielten; er mußte Disziplin üben; er mußte Selbstmord an sich begen. Wo war hier die Neutralität? Auf welcher Seite befand sie sich also?

Auf welchen isolierten, unbegreiflichen Standpunkt sich die christlichen Tabakarbeiter gestellt, geht schon aus der Frage der gewiß nicht sozialdemokratischen „Süddeutschen Tabakzeitung“, dem Organ der Fabrikanten, hervor, welche in der Nummer vom 13. September 1908 unter dem Titel: „Eine Frage an die christliche Gewerkschaft der Tabakarbeiter“, einen Artikel der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, Organ des Verbandes katholischer Arbeiter- und Knappschafftsvereine Westdeutschlands, aus deren Nr. 36 vom 5. September, bringt. In diesem Artikel wird auch die Zigaretten-Banderolsteuer in längeren Ausführungen behandelt und Stimmung dafür gemacht, und zwar in einer Art und Weise, daß die „Süddeutsche Tabakzeitung“ sich zu dem Sage verstieg, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das offizielle Regierungsorgan, könne das Projekt nicht wärmer verteidigen, und richtet dann die Frage an die christlichen Gewerkschaften: Wie sie sich zu einem solchen Artikel stellen?

Eine Antwort auf diese brennende Frage ist uns bis zur Stunde nicht bekannt geworden. Jedenfalls infolge der so strikten Innehaltung ihrer „Neutralität“!

Jedenfalls ist der „Süddeutschen Tabakzeitung“ die verlangte Antwort auch nicht zu Gesicht gekommen, denn dieses Organ der Fabrikanten sagte später folgendes:

„Von dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei brauchen wir eine solche Erklärung nicht. Wir wissen, daß die Parlamentarier dieser Partei geschlossen gegen jede weitere Belastung des Tabaks stimmen werden und haben somit das für die bürgerlichen Parteien beschämende Schauspiel, daß wir Tabakleute in diesen Mitgliedern des Reichstages unsere zuverlässigsten Freunde sehen müssen.“

Diese und noch Dutzende anderer Nachweise könnten wir noch bringen, aber wir begnügen uns, noch mit folgendem aufzuwarten. Dasselbe Fabrikantenorgan bringt in Nr. 147 d. J. einen Artikel: „Das Fazit der ersten Lesung des Tabak-Verbrauchssteuer-Gesetzes“, und führt in demselben unter anderem folgendes aus:

Trotz der vorstehend geschilderten Sachlage wird man vorzichtigerweise einen Beschluß der Kommission abwarten müssen, bevor man die Banderolenfrage als endgültig erledigt betrachtet, wie man überhaupt gezwungen ist, aus den weiter darzulegenden Gründen dem ferneren Verlaufe der Behandlung, welche die Tabakbesteuerungsfrage in der Kommission erfährt, mit größter Aufmerksamkeit zu folgen.

Diese Notwendigkeit entspringt der Erkenntnis, daß eine blinde Abgabe gegen jede Veränderung der Besteuerung des Tabakkonsums nicht in einer einzigen Rede enthalten ist, welche von den Vorführern der größeren Parteien mit Ausnahme der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages gehalten wurden. Die beiden rechtsstehenden Fraktionen, Konserverative und Freikonservative bekamen sich rücksichtslos als Anhänger einer härteren Besteuerung, wenn man von einigen Dissidenten abieht. Der Redner des Zentrums, Herr Abg. Spahn, ließ vollständig durchblicken, daß seine Partei nicht abgeneigt sei, an einer Umgestaltung zur Tabakbesteuerung zur Erzielung höherer Einnahmen mitzuarbeiten; auf die hierzu von dem Redner geäußerten speziellen Wünsche brauchen wir heute nicht näher einzugehen.

Nach allem oben Angeführten können wir es wohl jedem unbefangenen Tabakarbeiter überlassen, ob die Neutralität von uns oder von den Christlichen geübt worden ist?

In ihrem Artikel sagen die Christlichen zum Schluß: „Da wirkt es doch wohl machtvoller, wenn jede Seite getrennt vorgeht und ihre ganze Kraft auf die Abwehr richtet. So haben wir es gehalten und werden es auch in Zukunft halten. Die Hauptsache ist, daß jeder Teil mit voller Ueberzeugung und mit aller Kraft die uns drohende Gefahr bekämpft.“

Aus diesem Schlußsatz ergibt sich, daß die christlichen Tabakarbeiter nicht nur einzelnen Abgeordneten, sondern der gesamten Zentrumsfraktion die Forderung der gesamten Tabakarbeiter geltend machen, welche dahin geht, im Reichstage gegen jede weitere Tabaksteuer-Belastung zu stimmen. Das ist unsere Ansicht über Neutralität.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.  
Z. A.: Wilhelm Börner, Berlin S. 42, Mittelstr. 15.

## Warum sind die Frauen so schwer für die Gewerkschaft zu gewinnen?

Diese Frage ist schon oft gestellt und ebenso oft beantwortet worden. Sie muß aber immer wieder von neuem gestellt und beantwortet werden. Nur so wird es möglich werden, die Abneigung der Frau vor ernstesten Bestrebungen zu bekämpfen. Das ist nicht nur im Interesse der Männer, sondern auch im Interesse der Frauen selbst notwendig. Es wird aber nur möglich werden, wenn den Frauen immer wieder gezeigt wird, wie wenig begründet ihre Abneigung gegen ernstere, über die Geelligkeit hinausgehende Bestrebungen ist.

Die Frauen sind noch mehr wie die Männer geneigt, das Leben möglichst friedlich und heiter zu genießen und alles von sich fernzuhalten, was ihren Seelenfrieden stören könnte. Das kann man ihnen freilich nicht verdenken, und wenn sie dadurch, daß sie sich von allen ersten Dingen fernhalten, sich das Leben angenehmer gestalten oder es wenigstens von allen Unannehmlichkeiten freihalten könnten, so wäre es ihnen schon zu gönnen und gegen ihr Verhalten nicht das geringste einzuwenden.

Sie erreichen aber ihren Zweck nicht: immer mehr sind sie gezwungen, sich um das tägliche Brot zu sorgen, sich immer mehr ihre natürliche, sonnige Heiterkeit von der finstern einherstehenden Sorge verdüstern zu lassen. Die Frau war zwar niemals auf Rosen gebettet, aber ihre Pflichten waren in früheren Zeitaltern doch solcherart, daß sie in deren Erfüllung mehr Befriedigung fand, als dies heute der Fall ist. Deshalb war ihr Leben damals auch viel weniger von Unannehmlichkeiten und Widerwärtigkeiten durchsetzt und ihr Gemüt weniger von unangenehmen Zwischenfällen und dauern den Sorgen verdüstert. So war die Frau z. B. im Mittelalter, wo man das Handwerk noch nicht kannte und eine Großindustrie im heutigen Sinne noch nicht einmal voraussehen konnte, wo lediglich die Landwirtschaft bestand, die Frau der Universalhandwerker der Familie, wenn man ihre Tätigkeit als handwerkliche betrachten will. Sie spann, webte, färbte bekanntlich; den von ihr am Webstuhl hergestellten Stoff verarbeitete sie dann zu Kleidern. Sie vollzog alle Verrichtungen vom Schafzüchter bis zum Schneider, war Schuhmacher, Bäcker, Bierbrauer und Seifensieder der Familie, kurz, fertigte alle Gegenstände an, deren man in der Hauswirtschaft und sonst für das Leben bedurfte. Das war keine leichte Aufgabe für die Frau und ihre Töchter, die ihr dabei halfen, sie gaben ihr aber Befriedigung, Lebensinhalt. Und wenn mit der Erfüllung ihrer Auf-

gaben auch manche Sorge verknüpft war, so war dieselbe doch keineswegs so niederdrückender Art, wie die Sorge, von der die Frau heute bedrückt wird, wenn sie trotz allen Fleißes die Sorge um das liebe Brot bei sich immer lauter anklopfen hört und dabei weiß, daß alles, wonach sie begehrt, in reicher Fülle vorhanden ist; nur daß es für sie unerreichbar zu sein scheint.

Es ist klar, daß unter den früheren Verhältnissen der Frau ein Zusammenschluß mit ihresgleichen keinen Nutzen bringen konnte. Das war auch noch der Fall, als allmählich aus dem Schoße der Landwirtschaft heraus das Handwerk entstand, und dadurch Frau und Tochter eine Arbeit nach der anderen abgenommen wurde. Durch die Handwerker, die nun in immer größerer Zahl auftraten, und die sich immer mehr spezialisierten, so daß Weber, Schuhmacher, Schneider, Brauer, Lichtzieher und Seifensieder die produktiven Arbeiten, die die Frau bis dahin verrichtete, nun ausführten und die Frau immer mehr auf die Hauswirtschaft angewiesen blieb. Während die Männer, soweit sie ein Handwerk ausübten, mehr und mehr auf die Möglichkeit des Standeszusammenschlusses hingewiesen wurden und demzufolge ihre Innungen und Zünfte gründeten und pflegten, wurden die Frauen immer mehr solchen Bestrebungen entriekt; sie waren ja nur noch Hausfrauen und spielten nun noch mehr ausschließlich eine verwaltende Rolle; der erwerbende Teil der Familie war jetzt mehr noch als früher der Mann.

Das änderte sich erst, als die Manufaktur entstand, jene Art der Großindustrie, die zwischen dem Handwerk und der heutigen Großindustrie stand, die handwerksmäßig, d. h. mit Handwerkszeugen oder Handmaschinen, betrieb wurde und sich von dem Handwerk nur in der Hauptsache durch den größeren Umfang der einzelnen Arbeitsstätten und durch die durchgeführte Teilarbeit unterschied. Dank dieser bedurfte sie keiner eigentlichen Handwerker mehr und konnte sich mit Handarbeitern aller Art begnügen. So wurde auch die Frau für sie zum Ausbeutungsobjekt und fand in der Manufaktur Beschäftigung. Als dann später noch mehr vervollkommnete Maschinen durch elementare Kraft in Bewegung gesetzt wurden, konnte die Frau noch in größerer Zahl als bis dahin in der Großindustrie Anwendung finden, und heute stellt das weibliche Geschlecht in vielen Industrien schon die Mehrheit der Arbeitskräfte; in der Tabakindustrie sind ganze Fabriken fast nur von Frauen besetzt.

Die Dinge haben sich also vollkommen umgewandelt: während die Frau viele Jahrhunderte hindurch kein Interesse an einem Zusammenschluß mit ihresgleichen haben konnte, sollte sie es jetzt aber haben, denn jetzt bestimmt nicht mehr ihre Geschicklichkeit und ihr Fleiß ihr Wohlergehen und das etwaiger Angehöriger, die sie von ihrer Hände Arbeit zu ernähren hat, sondern das Angebot von Arbeitskraft. Und immer mehr Frauen bieten nun ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt an. Unter diesen Umständen muß der Lohn, der der einzelnen Frau für ihre Arbeit gewährt wird, fallen. Je mehr dies aber geschieht, fällt auch der Lohn des Mannes, dem sie durch ihre Arbeit eine unheilvolle Konkurrenz macht, womit sie, wenn sie einen arbeitenden Ehemann hat, sich und ihre ganze Familie schädigt. Die Frau wird aber trotzdem zu einem großen Teile von dem Gedanken befreit, daß sie in Vereinigungen, die den Zweck haben, die Arbeitsbedingungen vor Verschlechterung zu bewahren oder zu bessern, nichts zu suchen habe, und daß es lediglich Sache der Männer sei, sich ihnen zu widmen. Ja, vielfach will sie auch noch nicht einmal das letztere gelten lassen und macht auch noch dem Manne Schwierigkeiten, wenn er seiner gewöhnlichen Pflicht genügen will. Die Frau tut also gerade das Gegenteil von dem, was sie unter den veränderten Verhältnissen tun müßte, und sie tut dies nur, weil sie vielfach noch nicht einseht, daß die veränderten Verhältnisse, die ihr heute ganz andere wirtschaftliche Aufgaben als früher zuzuwenden, ihr auch ein ganz anderes Verhalten den öffentlichen Angelegenheiten gegenüber vorschreiben: sie, die früher gewiß nichts versäumt hat, ihre Stellung als Hausfrau zu heben, ihre Arbeit zugunsten der Familie ergiebiger zu machen, sie versäumt jetzt nahezu alles, was ihre wirtschaftliche Stellung und die ihrer Familie heben könnte. Und das alles, weil sie nicht sieht, daß sie aus einer selbständigen Hauswirtschaftlerin nach und nach in eine elend bezahlte Fabrik- und Lohnsklavinnen verwandelt worden ist, der man aber trotz aller erduldeten Mühsal in der Fabrik auch noch die Sorge um die Hauswirtschaft als drückende Nebenbeschäftigung überlassen hat, so daß sie noch Feierabend in der Fabrik einen Teil jener hauswirtschaftlichen Tätigkeiten am Abend und zur Nachtzeit ausüben muß, die sie früher am Tage verrichten konnte. Die Lage der Frau ist also keine bessere, sondern eine schlechtere geworden, und die Frau hat allen Grund, an der Seite des Mannes dagegen zu kämpfen und Verbesserungen durchzusetzen zu suchen. Und weil dies nach Lage der Dinge nur in der Gewerkschaft möglich ist, so muß sie in dieser eine ebenso wichtige Rolle spielen, wie der Mann, sogar eine noch wichtigere, wo die Frauen den größeren Teil der Arbeiterschaft bilden.

Dies den Frauen klarzumachen, ihnen, die längst begriffen haben, daß sie nicht mehr die Sklavinnen der Männer sind und jetzt den Männern gegenüber ihre weibliche und persönliche Würde in viel höherem Maße wahren, als ihnen dies früher möglich war, das sollte nicht schwer halten, wie man meinen könnte. Und doch ist es schwer, weil es hierbei ein Jahrhundert altes Vorurteil zu überwinden gilt: daß die Frau an öffentlichen Bestrebungen nicht teilzunehmen habe. Doch wird ihr mit der Zeit doch beizubringen sein, daß dies, wenn es überhaupt jemals richtig war, doch heute nicht mehr richtig sein kann, wo die Frau ja längst ihrem früheren Wirkungskreise mehr und mehr entzogen worden ist.

Es muß der Frau aber auch zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie auch über die gewerkschaftlichen Bestrebungen hinaus sich für öffentliche Dinge interessieren muß, daß sie auch den politischen Vorgängen aller Art ihre Aufmerksamkeit zu schenken hat. Es kann ihr z. B. nicht

gleich sein, ob die Zölle auf Getreide hoch oder niedrig sind, ob das Brot teuer oder billig ist; je höher der Zoll ist, mit dem ausländisches Getreide bei seiner Einfuhrung in Deutschland belastet wird, um so teurer wird das Brot werden, das aus diesem Getreide hergestellt wird. Die Frau hat also ein großes Interesse daran — sie sollte es haben und wird es haben, wenn ihr das immer wieder auseinandergelegt wird —, daß nicht Parteien an Ruder bleiben und weiter die Gesetze machen, Parteien, von denen man weiß, daß sie hohe Getreidezölle weiter aufrechterhalten wollen. Dasselbe ist es hinsichtlich der Fleischpreise, die ja doch die Frau in ihren innersten Interessen berühren, und zwar als Arbeiterin, die ihren Kräfteverbrauch durch kompakte Fleischnahrung ebenso wie der Mann ersetzen muß, wenn sie nicht vorzeitig aufgerieben werden will, aber auch als Hausfrau, der alles daran gelegen sein muß, daß sie mit ihrem Wirtschaftsgeld recht viel Verbrauchsmaterial einkaufen kann.

Die Frauen sind aber nicht nur wirtschaftspolitisch interessiert, sondern auch sozialpolitisch. Es kann ihnen ebensowenig gleichgültig sein, was in bezug auf den weiteren Arbeiterschutz geschieht oder unterbleibt. Die Wünsche der Arbeiterin nach einer kürzeren Arbeitszeit als der zehnstündigen sind weiter vorgerückt und sie sehnt sich nun nach einer noch kürzeren, als der zehnstündigen Fabrikarbeit. Diese wird ihr die Gewerkschaft auch noch einmal erringen, wäre es aber nicht besser, wenn ihr die Gesetzgebung dabei behilflich wäre? Das wird jede Frau bejahen müssen. Dann wird sie aber auch begreifen, daß es gilt, alle die politischen Parteien rücksichtslos zu bekämpfen, die sich bisher ihrem Wohlergehen hindernd in den Weg gestellt haben.

Welche Frau, welches Mädchen sieht jetzt noch nicht ein, daß sie auf allen Gebieten und bei allen Kämpfen an die Seite des Mannes, des Bruders gehört? Wir hoffen, keine. Ist unsre Hoffnung nicht übertrieben, so dürfen wir wohl erwarten, daß unsre Frauen und Mädchen, soweit sie in der Tabakindustrie beschäftigt sind, sich in Zukunft mehr mit den Dingen beschäftigen werden, von denen sie in großer Zahl bisher noch annahmen, daß dies ausschließlich Sache der Männer sei. Es ist ihre ureigenste Sache selbst, mit der sie sich befassen sollen. Und wir hoffen, sie werden es wollen. Stehen sie hinsichtlich der Befriedigung ihrer kleinen Bedürfnisse des Tages auf eigenen Füßen, so müssen sie auch für die Befriedigung ihrer großen Bedürfnisse des Lebens selbst Hand anlegen und dürfen nicht die Männer für sich wirken lassen. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung für alle an der Arbeit Teilnehmenden, die auch alle an der Bewegung teilnehmen müssen, wenn dieselbe Erfolge aufweisen soll, wie sie von allen in das Joch der Arbeit Gespannten ersehnt werden, wobei die Frauen nicht in letzter, sondern in erster Linie mit offenen Armen stehen. Es geht aber hier wie in der Küche: wer nichts in den Topf hineintut, kann nichts herauslöpfeln oder muß sich mit dem begnügen, was andere ihm großmütig überlassen, und das ist in der Regel nicht viel; wer viel haben will, muß selber viel in den Topf hineintun, d. h. wer aus der Arbeiterbewegung gewinnen will, muß sich ihr selber tatkräftig widmen. Das gilt heute für die Frau im gleichen Maße wie für den Mann. Darum, Frauen und Mädchen, überlegt und — handelt nach dem Ergebnis eures Ueberlegens, das Euch diktieren wird: Wir müssen.

## Gewerkschaftliches.

**Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.**

**Braunschweig.** Die Arbeiter bei der Firma Ludwig Makens, Inh. Gebr. Dittmann, forderten den Minimallohn. Die Firma machte eine Lohnzulage von 50 Pfg. und ist damit der Minimallohn von 9 Mk. erreicht.

**München.** Wegen Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis in Verbindung mit Lohnabzug legten die Arbeiter bei der Firma Luber u. Co. die Arbeit nieder. Der Zuzug ist streng zu vermeiden.

**Münden (Hannover).** Der Streik bei Halle u. Unkenbold ist beendet.

**Kottbus.** Bei fünf Firmen befinden sich die Kollegen im Streik. Der Zuzug ist fernzuhalten.

**Wienhausen.** Der Streik der Zigarrenarbeiter bei der Firma G. Lebenhausen in Bremen, Ellingerode, Ermischwerdt, Vertenbach, Al.-Almerode, Oberode und Wienhausen dauert fort und wird deshalb vor Zuzug nach den Betrieben dieser Firma dringend gewarnt. Angebahnte Unterhandlungen blieben erfolglos, da die Firma hartnäckig jedes Zugeständnis ablehnt. Die Arbeiter verharren deshalb geschlossen im Streik, trotz aller Verlockungsversuche zum Streikbruch.

**Frankfurt a. M.** Am 31. Oktober haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma L. Hypstadt u. Co., Zigarettenfabrik, wegen Lohnreduktion die Arbeit niedergelegt. Der Streik dauert unverändert fort.

**Sommerfeld.** Der Streik bei der Firma Wübel dauert fort.

**Bernburg.** Bei der Firma Richter sind die Differenzen noch nicht erledigt. Es besteht dort die Sperre.

**Barthorf.** Die Firma R. Unnebaum u. Co. hat am 6. Dezember ihre Arbeiter wegen geringfügiger Differenzen ausgesperrt. Eine Unterhandlung mit dem Gauleiter lehnte die Firma strikte ab. Der Zuzug ist fernzuhalten.

**Hamburg.** Die Zigarettenfabrik Firma S. Eleftheriadis u. Co. wollte ihren Arbeitern ein Weihnachtsgeschenk darbringen, das die Arbeiter anzunehmen, ablehnten, nämlich eine Lohnreduktion. Die Arbeiter haben auf diese Zumutung mit Arbeitsniederlegung geantwortet. Es wird dringend gebeten, den Kämpfenden in der Abwehr beizustehen und den Zuzug fernzuhalten.

**Zuzug ist fernzuhalten nach:** Burgsteinfurt, Firma S. Suhre; Dranienbaum; Dessau, Firma Ed. Döring; St. Ingbert; Nürnberg; Geldern; Frankfurt a. M., Zigarettenfabrik L. Hipstadt; Karlsruhe, Zigarettenfabrik Voss u. Co. und Neumünster.

**Arbeitseinstellung auf der Zigarettenfabrik von S. Eleftheriadis, Hamburg, Zollvereins-Niederlage, Merkurstraße 38 und Dammtorstraße 33 (Verkaufsstelle).** Ein prächtiges Beispiel modern-christlichen Geistes hat obige Firma gegeben. Den nach Auffassung der Firma allzu sehr auf irdisches Wohlergehen gerichteten Sinn ihrer Arbeiter beabsichtigt sie auf erhabenerer Dinge zu lenken. Hierzu wählte die Firma den Weg einer empfindlichen Lohnreduktion. Damit diese Maßregel um so wirksamer sei, sollte sie jetzt, 14 Tage vor Weihnachten, in Kraft treten! Am letzten Montag kündigte die Firma ihren Arbeitern an, daß sie von nun an sämtliche Sorten um 25 Pfg., eine Sorte sogar um 50 Pfg. pro Mille billiger machen müßten. Die Arbeiter weigerten sich und wandten sich an den Verband. Hierauf hatte ich noch am selbigen Tage in Gegenwart der Fabrikkommission eine Unterhandlung mit der Firma. Mein Versuch, die Lohnreduktion rückgängig zu machen, scheiterte. Kategorisch erklärte Herr Eleftheriadis: „Ich zahle auf unserer Fabrik solche Löhne wie ich will und lasse mir von niemand, auch nicht vom Tabakarbeiterverband, etwas darcinreden.“

Als die Firma auf diesem Standpunkte beharrte, zogen die sämtlichen 20 Arbeiter und Arbeiterinnen die einzig richtigen Konsequenzen, sie stellten die Arbeit sofort ein und die Fabrik wurde von mir gesperrt.

**Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen!** Bei der Unterhandlung glaubte Herr Eleftheriadis erklären zu dürfen, daß er willige Arbeitskräfte genügend bekommen werde. Der Herr spekuliert also darauf, daß sich in euren Reihen Kollegen und Kolleginnen befinden, die ihren in den Abwehrstreik gebrängten Kameraden in den Rücken fallen werden. Gebt auf diese Beleidigung die einzig richtige Antwort und tretet erst dann bei jener Firma in Arbeit, wenn die Sperre vom Tabakarbeiterverband aufgehoben sein wird.

Dies wird, und das möge sich Herr Eleftheriadis merken, erst dann geschehen, wenn die Firma nicht nur die Lohnreduktion rückgängig macht, sondern auch wegen Abstellung zahlreicher Mißstände, die auf der Fabrik herrschen, mit den Arbeitern und dem Unterzeichneten in Unterhandlungen tritt.

Rudolf Sadelberg, Gauleiter.  
(Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um möglichst schnellen Abdruck gebeten.)

Nachdem die Firma ihre Arbeiter durch Lohnabzüge kurz vor Weihnachten in den Abwehrstreik getrieben, sucht sie sich jetzt Ersatz an Arbeitskräften zu verschaffen. In der Mittwochnummer des Hamburger General-Anzeigers annonciert die Firma nach Hülfsleberinnen, die das Zigarettenarbeiten erlernen wollen. Herr Eleftheriadis glaubt demnach, daß es in Hamburg Frauen und Mädchen gäbe, die sich bereit finden lassen, den im Streik befindlichen Arbeitern in den Rücken zu fallen. Es hiesse jene Gruppe von Arbeiterinnen beleidigen, wenn man annähme, daß auch nur eine hierzu fähig wäre. Die Hülfsleberinnen werden etwas dazwischen nicht machen, und falls wirklich eine der jugendlichen Arbeiterinnen aus Unerfahrenheit hierzu bereit wäre, so wird sie von ihren Angehörigen zurückgehalten werden. Auch macht Herr Eleftheriadis den Versuch, die als Paderinnen beschäftigten Arbeiterinnen zu bewegen, Streikarbeit zu verrichten. Es ist selbstverständlich, daß diese Arbeiterinnen sich weigern werden, der Firma zu Willen zu sein. Falls sie deshalb entlassen werden sollten, so wollen sie sich sofort beim Streikkomitee in der Gastwirtschaft von D. Stüven, Marktstraße 21, Hamburg, melden. — Man wolle beachten, daß sämtliche Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen der in der Merkurstraße, Zollvereinsniederlage, belegenen Fabrik, die Arbeit eingestellt haben.

**Zuzug von Zigarettenarbeiterinnen nach Hamburg ist freizulassen fernzuhalten!**

## Berichte.

**Bünde-Felbmark.** In der Protestversammlung, die im Lokale des Wirtz Timmert tagte, wurde das Referat des Genossen Klingenhagen unter großem Beifall aufgenommen. Als Delegierte zum Tabakarbeiterkongress wurden die Kollegen C. Könter und Fr. Wahle gewählt. Die Kollegen C. Menke und C. Könter machten auf den Nutzen des Verbandes aufmerksam.

**Hamburg a. E.** Hier tagte eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung im Lokale des Herrn Ruffenhop, Bergstraße 7, mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht der Tabaksteuerkommission; 2. Wahl eines Delegierten zu dem in Berlin stattfindenden Kongress; 3. Verschiedenes. Den Bericht der Kommission gab der Kollege Burmeister, welcher mit Kollegen Schulz persönlich bei unserm Reichstagsabgeordneten Dr. Varenhorst mit der in der öffentlichen Protestversammlung der Tabakarbeiter und Tabakinteressenten angenommenen Resolution vorstellig geworden war. Da aber Reichstagsabgeordneter Dr. Varenhorst freisporativ ist, war es unsern beiden Kollegen nicht möglich, ihn als Gegner jeder Belastung des Tabaks zu gewinnen, obgleich die beiden Kollegen ihm die elende Lage der Tabakarbeiter und die durch die Steuer drohende Proletlosmachung von 50 000 Arbeitern schilderten. Kollege Schulz erstattete den Sammelbericht. Die Sammlung ergab auf 10 Sammellisten 160.90 Mark. Als Wahlkommission waren die drei Kollegen Burmeister, Kolle und Schierhorn gewählt. Als Delegierter wurde der Kollege A. Schulz gewählt. Die Versammlung beschloß ferner, durch eine nochmalige Aufforderung unsern Reichstagsabgeordneten Dr. Varenhorst zu bewegen, gegen jede Besteuerung des Tabaks zu stimmen.

**Lahr (Waden).** Hier tagte am 17. Dezember eine Sitzung der Bezirksprotestkommission gegen die Mehrbelastung des Tabaks, an welcher auch der Genosse Heising teilnahm. Nach eingehender Diskussion und vorheriger Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben wurde beschlossen, zum Protektionkongress einen Delegierten in Vorschlag zu bringen. Auf die Vorschlagsliste wurde nach einstimmigem Beschluß der Kommission Franz Brucker-Lahr als Delegierter gesetzt. Am 9. Januar findet eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die Wahl vollzogen wird.

**Lauffen a. N.** Hier fand eine Tabakarbeiterversammlung statt, in welcher der Kollege Weimüller aus Steinhelm über das Thema: Was bietet uns der Deutsche Tabakarbeiterverband? referierte. Redner erntete für seine trefflichen Ausführungen lebhaften Beifall und erklärten 45 Kollegen und Kolleginnen ihren Eintritt in den Verband. Durch weitere Agitation wurde die Zahlstelle schon inzwischen auf über 50 Mitglieder gebracht. Goffentlich stehen die hier neu gewonnenen Arbeitsbrüder und Schwestern treu zur Fahne der Organisation, damit in Zukunft auch sie wirksam für ihre wirtschaftlichen Interessen streiten können in dem Bewußtsein der Worte: „Ein gutes Wort gedeiht nur mit Einigkeit.“

**Leisnig.** Am 6. Dezember fand eine äußerst stark besuchte Volks- und Protestversammlung statt. Referent war Redakteur Georg Schöpflin-Leipzig. Eine scharfe Resolution gegen jede höhere Besteuerung des Tabaks wurde angenommen. In die Protektionkommission wurden die Kollegen Richard Knöschke, Bruno Dopka und Paul Helbig gewählt.

**Neundorf.** Am 5. Dezember 1908 fand in Wüthers Lokal eine öffentliche Protestversammlung statt, in der der Gauleiter der Tabakarbeiter, Emil Burgold, über die geplante Tabakbesteuerung referierte. Der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Herr Trautmann (nat. lib.), war zu der Versammlung eingeladen, aber nicht erschienen. Es wurde eine Protestresolution angenommen.

**Offenburg.** Hier tagte am 13. Dezember eine öffentliche Versammlung im Hanauer Hof. Der Gauleiter Ad. Heising besprach zunächst die Behandlung der Tabaksteuervorlage im Reichstag seitens der einzelnen Fraktionsredner und meinte, die Gefahr einer Besteuerung sei größer als je zuvor. Wenn auch die Annahme einer Vandalensteuer wenig Aussicht habe, so müsse doch erklärt werden, daß eine Erhöhung der Gewerkscholle, wie man solche beabsichtige, gewaltige Schädigungen für die Tabakindustrie und die darin beschäftigten Personen nach sich ziehe. Es gelte unter allen Umständen, den Kampf in verächtlicher Weise fortzusetzen, bis die ganze Gefahr beseitigt sei. Der Opfermut der Kollegen und Kolleginnen müsse ein besserer werden als bis jetzt, da größere Summen gebraucht werden, um den Kampf nach allen Seiten hin führen zu können. Die nun einsetzende Diskussion gestaltete sich recht lebhaft, alle Redner waren der Ansicht, daß ein Delegierter nach Berlin entsandt werden müsse und wies man für Aufbringung der Gelder Sorge. Als Delegierter wurde Joseph Zenner-Offenburg einstimmig in Vorschlag gebracht.

**Spunge.** Am 11. Dezember fand eine von ca. 300 Personen besuchte Protestversammlung gegen die Tabaksteuer im Saale des Herrn Schröder statt. Der frühere Reichstagsabgeordnete v. Elm behandelte in sachlicher, klarer Weise den Entwurf. Redner befaßte sich zuerst mit der finanziellen Lage des Reichs und den Ursachen seiner Schuldenlast. Die Regierung begründet die neuen Steuerentwürfe damit, daß der Wohlstand gestiegen sei. Diese Begründung unterzog der Redner einer scharfen Kritik. Nachdem befaßt sich der Redner eingehend mit den Kämpfen, die die Tabakindustrie zu führen gehabt habe. Mit der Zollerhöhung im Jahre 1879 auf 85 Mark per Doppelzentner für ausländischen Tabak sei eine schwere Schädigung der Industrie eingetreten. In Hamburg und Bremen sei damals große Not unter den Tabakarbeitern gewesen. Eine große Masse sei nach Amerika ausgewandert. Er, Redner, sei kurz vor der Zollerhöhung ausgewandert. In seiner Stellung als Gewerkschaftsbeamter wäre er nicht beliebt bei den Fabrikanten gewesen und hätte in ganz Hamburg als Zigarrensortierer keine Arbeit bekommen können. In Amerika hätte er dann hunderte von Dollar gesammelt für seine mitleidenden Kollegen in Hamburg. Die Regierung behauptet nun, daß die Zollerhöhung keinen nennenswerten Schaden angerichtet habe, indem sich die Betriebe und auch die Zahl der Beschäftigten nach dieser Zeit vermehrt habe und führe hierfür Zahlen an. Mit Zahlen könne man alles beweisen, habe einmal Minister v. Müller im Reichstage gesagt. Der Redner meinte, daß es dann ja ein Segen für die Industrie wäre, möglichst hohe Steuern und Zölle aus derselben herauszuschlagen. Diese von der Regierung aufgeführte Statistik stellte der Redner in das richtige Licht. Während 1875 die Hausarbeiter und deren Gehältern nicht mit in die Gewerkestatistik aufgenommen wären, wäre dies 1882 der Fall gewesen. Hieraus erkläre sich die Vermehrung der Zahl der Betriebe, und somit auch der Arbeiter. Redner befaßte sich dann mit dem Monopol von 1882, sowie mit der 1893 geforderten Fabriksteuer. Obwohl schon einmal der Reichstag einstimmig den Beschluß gefaßt habe, die Tabakindustrie zu verschonen, bestimme man sich heute um diesen Beschluß nicht mehr. Während nun nach der Zollerhöhung von 1879 die Fabrikanten in Hamburg und Bremen vielfach ihre Fabriken nach Westfalen verlegt hätten, wegen der billigeren Löhne und der schlechten Organisation, die in Westfalen unter den Kollegen bestanden habe, ginge dies jetzt nicht mehr an. Redner meinte, daß auch der Zug nicht mehr so sehr nach dem Süden ginge, sondern mehr nach der russischen Grenze, da auch im Süden die Organisation Wurzel gefaßt habe. 1887 wären in Süddeutschland 20 000 Tabakarbeiter gewesen, 1907 schon 53 000. Nachdem machte der Redner die Mitteilung, daß einige größere Hamburger Tabakfabrikanten der Reichsregierung einen Zoll von 125 Mark angeboten hätten; die Regierung solle alsbald den Vandalensteuerentwurf zurückziehen. Durch dieses Vorgehen der Fabrikanten hätte die Regierung neuen Mut geschöpft und 150 Mark gefordert, ober festhalten an der Vandalensteuer. Dieses Vorgehen der Hamburger Fabrikanten tadelte der Referent in scharfer Weise. Hierauf besprach Redner die Aussichten der Vorlage. Zwei Parteien wären bestimmt dagegen: Die Sozialdemokraten und die Polen. Allen übrigen Parteien sei nicht zu trauen, das ginge aus den Ausführungen der Redner der verschiedenen Parteien bei der Debatte über die Reichsfinanzreform hervor. Auch die Haltung der verschiedenen Parteiblätter spreche dafür, von der Kreuzzeitung bis zur freimüthigen Zeitung. Die Aussichten wären somit trübe; jedoch dürfen wir den Mut nicht sinken lassen und müssen kräftig dagegen kämpfen. Am 18. Januar wäre in Berlin ein großer Tabakarbeiterkongress, hier müßten die Delegierten laut und kräftig ihre Stimme erheben lassen, daß sie der Lasten genug zu tragen hätten. Hierauf richtete der Redner einen traurigen Appell an die Kollegen und Kolleginnen, sich unverbürglich der Organisation anzuschließen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der hierauf eröffneten Diskussion sprach Gauleiter Schülter über die erbärmliche Lage der Tabakarbeiter schon jetzt, so daß gar keine Rede mehr von menschenwürdiger Existenz sein könne, und führte zum Beweise Aussprüche von Pastor v. Wobelschwing an. Er gab dann den gewählten Delegierten Anweisung, welches Material sie zum Kongress mitzubringen hätten. Auch dieser Redner fand großen Beifall. Nachstehende Resolution fand sodann einstimmig Annahme: „Die öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Tabakinteressenten befaßt sich mit dem Entwurf eines Tabakverbrauchssteuergesetzes; sie pflichtete den Darlegungen des Referenten und aller Redner über diesen Gesetzentwurf rückhaltlos bei und erhebt hierdurch gegen die beabsichtigte, die Tabakindustrie äußerst gefährdende, ungerechte Besteuerung der Tabakprodukte den schärfsten Protest. Als die schwersten Schäden dieses Gesetzentwurfes betrachtet die Versammlung die Proletlosmachung von 40 000 Tabakarbeitern; die Besteuerung und die daraus folgende Herabdrückung der Löhne, die Vernichtung von Tausenden selbstständiger kleiner Unternehmer in der Zigarrenindustrie; die schwere Schädigung des Handels mit Zigarren und andern Tabakprodukten resp. die Ruinierung der Kleinhändler; die durch den Konsumrückgang bedingte starke Einschränkung des Handels mit Rohstoff; die Beschränkung der Produktion der Hilfsindustrien, wie: Lithographie, Zigarrenbandweberei, Ristenmacherei usw.; die drückende Rückwirkung all dieser Schäden auf die gesamte Produktion und Volkswirtschaft sowie die vorbereitende Wirkung der Vandalensteuer für das Tabakmonopol. Aus diesen Gründen fordert die Versammlung den Reichstag auf, der bedrohten Tabak- resp. Zigarrenindustrie Hilfe zu leisten und den Entwurf eines Tabakverbrauchssteuergesetzes sowie jede weitere Besteuerung des Tabaks abzulehnen.“

## Literarisches.

Im Verlag von F. H. W. Dieck Nachf. in Stuttgart erscheint und gelangt in wenigen Tagen zur Ausgabe: **Die Novelle zur Gewerkeordnung vom Dezember 1908.** Von Artur Stadthagen. Preis 20 Pfa.

In der vorliegenden Broschüre findet der Leser die Bestimmungen der Werner Uebereinkunft, den Gehalt arbeitsrechtlicher Arbeiterinnen betreffend, ferner die Novelle zur Gewerkeordnung nebst Einübung und Anmerkungen sowie den Text der Novelle in einer Gesamtdarstellung der alten mit der neuen Fassung, wie sie vom Reichstag am 9. Dezember beschlossen worden ist.

Diese Ausgabe ist für alle Arbeiterinnen unentbehrlich und für die Besitzer des Arbeiterrechts wird sie eine willkommene Ergänzung bilden.